

Ausgabe
4/2011

Bayerische Sozialnachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



Seien wir SAGE!

Liebe Leserin, lieber Leser,



„Seien wir SAGE!“ - eine kryptisch anmutende Titelseite der *Bayerischen Sozialnachrichten* harret der Erklärung. MINT klingt da schon vertrauter. Unter diesem „Label“ haben sich die Fächer und Berufsgruppen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik zusammengetan, Sonderinteressen und Eitelkeiten hintangestellt und eine Erfolgsgeschichte geschrieben. Wirtschaftsverbände und Politik stehen auf ihrer Seite. Da liegt die Frage nahe: Warum können die Berufe und Disziplinen im sozialen Bereich nicht Vergleichbares leisten? Professor Dr. Ulrich Mergner, Dekan der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der Fachhochschule Köln, plädiert dafür, die gesellschaftliche Anerkennung der Disziplinen und Professionen im Bereich „sozialer Dienstleistungen“ zu erhöhen und sie neben den MINT-Fächern und -Berufen als eigenständige „Marke“ zu etablieren: **Soziale Arbeit** und Heilpädagogik, **Gesundheits-** und **Pflegewissenschaften**, **Erziehungs-** und **Bildungswissenschaften**. In diesem Sinne lautet der Appell unseres Autors: „Seien wir SAGE!“

„Soziale Nachhaltigkeit - wer erzieht, pflegt und hilft morgen?“ lautet das Thema der diesjährigen ConSozial - 13. Fachmesse und Congress des Sozialmarktes - am 2. und 3. November in Nürnberg. Beim Messeflyer, der dieser Ausgabe beiliegt, wollen wir es nicht belassen. Vielmehr greift Eva Porzner-Reuschel aus einem beeindruckenden Angebot an Vorträgen und Best Practise-Beispielen sieben Fachvorträge heraus und lässt Referentinnen und Referenten bereits jetzt zu Wort kommen. Nachhaltigkeit in der Sozialwirtschaft ist *das* Thema der Zukunft. Wer bereit ist, sich darauf einzulassen und Strategien für die Weiterentwicklung sozialer Dienstleistungen zwischen den Polen Wirtschaftlichkeit, Professionalität, Zivilgesellschaft und Europa zu diskutieren, ist bei der ConSozial 2011 gut aufgehoben.

Ihr

Friedemann Götzer

Impressum

Bayerische Sozialnachrichten
Zeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege
in Bayern (ISSN 1617-710X)

Herausgebende

Robert Scheller, Vorsitzender
Gisela Thiel, Stellvertretende Vorsitzende
Friedemann Götzer, Geschäftsführer

Verlag

Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen
und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München
Telefon 089/153757- Telefax 089/15919270
E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de
Internet: www.lagoefw.de

Redaktion und Anzeigen

Friedemann Götzer (verantwortlich)
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München
Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 1.1.2010.

Redaktionsschluss

der Ausgabe 5/2011: 4. Oktober 2011

Die *Bayerischen Sozialnachrichten*
erscheinen in jährlich fünf Ausgaben
mit Beilage der Zeitschrift „Pro Jugend“.

Abonnementpreis

incl. Versandkosten und Mehrwertsteuer 20,45
Euro pro Jahr. Kündigung des Jahresabonnements
schriftlich bis sechs Wochen zum Jahresende.
Bei Abonnenten, die am Lastschriftverfahren teil-
nehmen, wird der Jahresbetrag ohne Rechnungs-
stellung eingezogen.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Mei-
nung des Verfassers wieder. Nachdruck nur un-
ter Quellenangabe gestattet.

Layout und Produktion

Inge Mayer Grafik & Werbung
Amundsenstr. 8, 85055 Ingolstadt
Telefon 0841/456 77 66
ingemayer@t-online.de

Druck: Jugendwerk Birkeneck
Birkeneck, 85399 Hallbergmoos

INHALT

Thema:
Seien wir SAGE! S. 3

ConSozial 2011

Die Seele des Führens S. 10

Leistung braucht Anerkennung S. 11

Ideen mit Wachstumspotential S. 12

Die große Kunst S. 13

Die Reste den Armen S. 14

Sind Muslime integrationsunwillig? S. 15

Facebook, Twitter, Xing & Co. S. 16

Zwischenruf

Teilhabeplanung als örtliche
und überörtliche Aufgabe S. 17

Panorama S. 18

Mitgliedsorganisationen S. 21

Bücher S. 27



SOZIALE ARBEIT UND HEILPÄDAGOGIK

GESUNDHEITS- UND PFLEGEWISSENSCHAFTEN

ERZIEHUNGS- UND
BILDUNGSWISSENSCHAFTEN

Seien wir **S A G E** !¹

Wie kann die gesellschaftliche Anerkennung der Disziplinen und Professionen im Bereich der „sozialen Dienstleistungen“ erhöht werden?

Mit diesem Aufsatz wird ein Plädoyer gehalten für SAGE als gemeinsame Marke der Professionen und Disziplinen im Bereich der sozialen Dienste, mit der wir uns neben den MINT-Fächern und -Berufen positionieren können. Ziel gemeinsamen Handelns muss es sein, diesen Bereich in den Fokus der Wahrnehmung von Politik und Öffentlichkeit zu bringen, das Bewusstsein der darin versammelten Professionen und Disziplinen, Akteure und Organisationen von den Gemeinsamkeiten ihrer gesellschaftlichen Lage zu stärken und zur Diskussion um die Rolle des „Sozialen“ als integraler Bestandteil einer auf Vorstellungen von Men-

schenwürde, Gerechtigkeit und Gemeinsinn basierenden Zivilgesellschaft beizutragen. Voraussetzung für die Zielerreichung ist die Bereitschaft zu - auch selbstkritischen - Analysen der derzeitigen Situation und zur Einigung auf professionelle und wissenschaftliche Standards. Worauf solche Analysen und Einigungsprozesse sich beziehen müssten, wird - nach einer Einführung - im zweiten Abschnitt auf der Basis von drei Thesen (notwendig holzschnittartig) entfaltet, bevor im dritten Abschnitt argumentiert wird, warum die Einigung auf SAGE uns auf dem Weg zum Ziel voranbringen könnte.

¹ Mit diesem Beitrag wird berichtet über eine Initiative des Vorstands des Fachbereichstags Soziale Arbeit (FBTS), die auf dem Treffen dieses Gremiums in Mainz gestartet wurde. Der Autor erarbeitete dafür einen Input, auf den auch hier Bezug genommen wird (vgl. Mergner 2009). Zugespitzte Positionen, aber auch eventuelle Fehler in diesem Aufsatz, liegen in der Verantwortung des Autors.

1. GESCHICHTEN UND ERFAHRUNGEN

Vielleicht ist es hilfreich, mit ein paar Geschichten anzufangen, mit exemplarischen Erfahrungen, wie „wir“ sie immer wieder machen, bevor davon gesprochen wird, wer „wir“ sind und was „wir“ werden könnten oder sogar sollten:

Zum Ersten: Der Fachbereichstag Soziale Arbeit führt eine seiner regelmäßigen Konferenzen an einer kleinen Hochschule in einer kleinen Stadt durch. Wie immer trifft man sich abends zum Empfang im Rathaus. Der Oberbürgermeister lässt sich entschuldigen, er muss an einer Aufsichtsratssitzung teilnehmen. Der Bürgermeister, ein honorierter Mann, begrüßt die Anwesenden und stellt seine Stadt vor. Er verweist auf die Bedeutung industrieller Arbeitsplätze und die dadurch verursachte gute ökonomische Situation. Er benennt auch ein paar soziale Probleme. Aber diejenigen, die sie bearbeiten, und die Strukturen der Sozialwirtschaft in der Stadt kommen kaum vor.

Zum Zweiten: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung schreibt eine neue Förderlinie aus mit dem Ziel, Forschungsk Kooperationen zwischen Universitäten und Fachhochschulen zu unterstützen, in deren Rahmen auch Absolvent/innen der Fachhochschulen promovieren können. Der Ausschreibungstext sieht viele natur- und ingenieurwissenschaftliche Themen vor, die Disziplinen des sozialen Bereichs sind nur durch das Thema „Gesundheitsforschung“ angesprochen. (Vgl. BMBF 2011)

Zum Dritten: Die Ausbildung für die sozialen Berufe findet zunehmend als Studium an Hochschulen statt. Statt einer Orientierung an einem wissenschaftlichen Modell für den Bachelor - wie es etwa der Fachbereichstag Soziale Arbeit (FBTS) mit dem Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit vorgelegt hat (vgl. Bartosch u.a. 2010) - findet man aber besonders in den neu akademisierten Bereichen ein Nebeneinander unterschiedlichster Ausbildungsgänge mit Spezialisierungen und genereller Anerkennung von fachschulischen Leistungen und beruflichen Erfahrungen, so dass man vielfach eher von „wissenschaftlicher Berufsausbildung“ als von „Studium“ sprechen muss.

Zum Vierten: In Zeiten, in denen der sich abzeichnende Fachkräftemangel auch im Bereich der sozialen Berufe diskutiert wird, ist die nachholende Prekarisierung der Arbeitsbedingungen in der Sozialen Arbeit am Ziel angekommen: Ausstieg aus dem Tarif und Absenkung der Einstiegsgehälter, Befristungen und unfreiwillige Teilzeitarbeit, 400-Euro- und „Qualifizierungs“-Jobs,

Leiharbeit und Scheinselbständigkeit sind an der Tagesordnung. Die Beschäftigten klagen, aber sie wehren sich nicht. Gleichzeitig gebiert die Diskussion über die zukünftige Konkurrenz um rare Fachkräfte Illusionen über deshalb scheinbar unumgängliche Verbesserungen der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen - die Erfahrungen, die nicht nur in der Industrie, sondern z.B. auch im Bereich der Pflege bereits mit tayloristischer Rationalisierung, also mit Arbeitsanalyse, verschärfter Arbeitsteilung und Dequalifizierung vormaliger Berufe gemacht wurden, werden ausgeblendet.

Zum Fünften: Sozialarbeiter/innen, die von ihrer beruflichen Tätigkeit erzählen, treffen auf einhellige Reaktionen: Allgemeine Hochachtung („Das könnte ich nicht!“) gepaart mit der Frage nach den benötigten Kompetenzen („Das muss man studieren?“). Gerade diejenigen, die selbst Erfahrungen mit „sozialen Problemlagen“ im persönlichen Umfeld haben - und das sind viele - äußern aber hohen Respekt und distanzieren sich vom aus ihrer Sicht wenig wertschätzenden gesellschaftlichen Umgang mit diesen Berufen.

Was lehren uns solche „Geschichten“? Der Bereich der Sozialberufe - der mehr umfasst, als die hier überrepräsentierte Soziale Arbeit - leidet unter der mangelnden Wahrnehmung und geringen Wertschätzung durch Politik und Öffentlichkeit. Das in großen Teilen der Bevölkerung vorhandene „Vertrauenkapital“ kann er nicht nutzen. Dies liegt nicht zuletzt an inhaltlichen und organisatorischen Schwächen der Professionen - aber auch der hochschulischen Disziplinen. Grundsätzlicher kann behauptet werden, dass der gesamte Bereich des Sozialen von weit verbreiteter gesellschaftlicher Ignoranz betroffen ist, die wesentlich auch Folge des derzeitigen Vorherrschens einer individualistischen und ökonomistischen Ideologie ist.

2. NOTWENDIGE ANALYSEN

Fundierte Analysen dessen, was mit den vorstehend erzählten „Geschichten“ verbunden ist, sind hier nicht möglich. Es kann nur darum gehen, Behauptungen, Thesen aufzustellen und argumentativ zu plausibilisieren. Wissenschaftliche Belege dafür müssen auf ein Minimum beschränkt werden. Zukünftige grundlegende Arbeiten sollten aber drei zentrale Thesen überprüfen, um die es nachstehend in erster Annäherung gehen wird.

Zunächst muss aber geklärt werden, was unter dem „sozialen Bereich“ zu verstehen ist, von dem hier die

Rede ist. Ausgegangen werden soll dabei von Berufen bzw. Professionen, erst danach sollte die Betrachtung ausgeweitet werden auf die akademischen Disziplinen, nicht zu vergessen aber auch die beruflichen und schulischen Ausbildungen, die auf sie vorbereiten.

Um zu einer abstrakteren begrifflichen Festlegung oberhalb der konkreten Tätigkeiten bzw. Bereiche zu kommen, kann man längere Auseinandersetzungen mit dem in der Bundesstatistik verwendeten Begriff der „sozialen Berufe“ führen, sich auf die Theorien des Dritten Sektors, des intermediären Bereichs oder der sozialen Dienstleistungen einlassen (vgl. ausführlicher Züchner & Schilling 2010, Mergner 2009). Ich will den Leserinnen und Lesern das ersparen und sofort die Übernahme einer Definition vorschlagen. Bäcker u.a. sprechen (vgl. im Folgenden Bäcker u.a. 2000, Bd. 2, S. 332 ff) von sozialen Diensten, wenn Leistungen im Rahmen der „Vielfalt helfenden persönlichen Handelns“ professionell, organisiert und entgeltlich erbracht werden. Die sozialen Dienste produzieren - und das ist ihnen gemeinsam - „Erfahrungsgüter“ (deren Qualität nicht vor ihrer Erbringung und Nutzung beurteilt werden kann) und „Vertrauensgüter“ (der Dienstleister bestimmt Angebot und Nachfrage zugleich, der Leistungsempfänger muss darauf vertrauen, dass er die richtige Leistung erhält). Wesentlich ist aber vor allem,

- dass die „sozialen Dienste... weitgehend dem Markt- und Wettbewerbsprozess entzogen sind, also nicht zu Marktpreisen angeboten und nachgefragt werden“, man kann auch sagen, dass sie nicht „erwerbswirtschaftlich“, sondern „bedarfs- oder sozialwirtschaftlich“ erbracht werden, sowie
- „dass die meisten personenbezogenen Hilfe- und Unterstützungsleistungen unverändert nicht von bezahlten Profis, sondern von Laien... erbracht werden“, also im Rahmen von Familien, „kleinen“ sozialen Netzwerken, Selbsthilfegruppen, von ehrenamtlicher Arbeit und freiwilligen sozialen Engagements. Für die Profis bedeutet das, dass, anders als im erwerbswirtschaftlichen Bereich, die stete Klärung der Kooperation mit dem Laiensystem, aber auch die Abgrenzung von ihm unabdingbarer Teil ihres Handelns ist.

Dies sind wichtige Bestimmungen, die aber noch zu ergänzen sind. Die sozialen Dienstleistungen sind eben nicht nur, wie Bäcker u.a. formulieren, „helfend, beratend und unterstützend und damit... personenorientiert“. Sie sind auch struktur- oder gesellschaftsbezogen, d.h. sie sind orientiert auf „gesellschaftliche Integration“, was mehr ist als die Rückführung Aus-



Prof. Dr. Ulrich Mergner

Studium der Sozialwissenschaften in Heidelberg und Göttingen 1968 bis 1973. Promotion zum Dr. disc. pol. im Jahr 1983. Von 1973 bis 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter im SOFI Göttingen, der Universität Göttingen und dem Sonderforschungsbereich 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebensverlauf“ an der Universität Bremen > Arbeitsschwerpunkte: Arbeits- und Betriebssoziologie, Soziologie des Gesundheitssystems, Soziologie des Lebenslaufs. 1996 Berufung auf eine Professur für Soziologie an die FH Köln. 2001 Wahl zum Dekan des Fb Sozialarbeit, 2002 Gründungsdekan der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Wiederwahl 2006 und 2010 > Arbeitsschwerpunkte: Lehre und Forschung in Soziologie und Wissenschaft der Sozialen Arbeit (Professionalisierung, Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen der Sozialen Arbeit), hochschulpolitische Tätigkeit in diversen Gremien (u.a. im Vorstand des FBTS seit 2008 und als Sprecher der Fakultätenkonferenz der FH Köln, ebenfalls seit 2008)

gegrenzter in den gesellschaftlichen Zusammenhang durch Hilfe, Beratung und Unterstützung. Vielmehr sollen sie gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, indem sie wie auf Individuen oder Gruppen so auch auf Gesellschaft einwirken. Voraussetzung für die Ausführung dieser Berufe ist vielfach ein akademisches Studium, oft aufbauend auf vorherige fachschulische und oder berufliche Ausbildungen. Bezüglich vieler der Berufe ist der Prozess der „Akademisierung“ noch in vollem Gange oder hat gerade erst begonnen.

Wenn wir vom sozialen Bereich sprechen, sprechen wir also (zunächst und zumeist) von Professionen und Berufen, die mit der Erstellung sozialer Dienstleistungen befasst sind und „zentralwertbezogene“ - d.h. auf das Funktionieren von Gesellschaft und auf Werte wie Menschenwürde, Gerechtigkeit, Gemeinsinn gerichtete - Leistungen erbringen. Außer der Sozialen Arbeit müssen bei solcher Betrachtungsweise - wie schon angedeutet - auch die verschiedenen Gesundheitsberufe einbezogen werden, sehr schnell dann zudem die Berufe, deren Auftrag Erziehung und Bildung ist. Auf Basis dieser begrifflichen Klärung kann nun die erste These diskutiert werden:

Die Professionen und Disziplinen im sozialen Bereich werden gesellschaftlich nicht entsprechend ihrer realen Bedeutung wahrgenommen

Salamon & Anheier behaupten 1999: „Der Non-Profit-Sektor bleibt ein weißer Fleck auf der Landkarte der modernen Gesellschaften, unsichtbar für Politiker, Wirtschaftsführer und sogar für zahlreiche Personen innerhalb des Sektors“ (S. 6). Diese These ist auch heute noch stark und lässt sich verallgemeinern für den gesamten Bereich der sozialen Dienstleistungen, ob sie nun im Dritten, im staatlichen oder im marktlichen Sektor angesiedelt sind. Ein zentrales Indiz dafür ist, dass - wie schon angesprochen - meist nur der erwerbswirtschaftliche Bereich, vornehmlich sogar nur der Produktionsbereich, gedacht wird, wenn in Öffentlichkeit, Politik oder Hochschule von „der Wirtschaft“ die Rede ist. Wenn über die Schaffung und vernünftige Ausstattung von Ausbildungs- und Studienplätzen geredet wird, geht es meist um das Gebiet der Naturwissenschaften und der Technik. Auch Forschungsförderung hat in der Regel vor allem den erwerbswirtschaftlichen und darin den ingenieurwissenschaftlichen Bereich im Auge. Die These lässt sich aber auch differenzieren: Der bedarfs- oder gemeinwirtschaftliche Bereich wird manchmal auch wahrgenommen, dann aber entweder thematisiert als Kostenfaktor, als Belastung für die öffentlichen Haushalte, oder er gerät in den Fokus der Aufmerksamkeit,

wenn Angehörige der in ihm angesiedelten Professionen und Disziplinen „versagen“, etwa in Fällen, in denen Sozialarbeiter im ASD die Vernachlässigung oder gar Misshandlung von Kindern nicht bemerken, in denen Lehrende die Entwicklung dissozialer Tendenzen ihrer Schüler nicht verhindern, in denen Pflegekräfte die psycho-physische Versorgung und die Erhaltung der Würde von Kranken und Alten nicht gewährleisten, in denen Absolvent/innen der Studiengänge nicht die für die Ausfüllung ihrer Funktion notwendigen Kompetenzen vermittelt wurden.

Die feststellbare mangelnde oder einseitige Wahrnehmung des „sozialen Bereichs“ hängt zusammen mit der Relevanz, die dem „Sozialen“ in unserer Gesellschaft zugeschrieben wird. Im betriebswirtschaftlichen Verständnis wird es wahrgenommen als (Kosten-)Faktor, der erfolgreiches Agieren auf dem Markt behindert (weswegen es auch weitgehend externalisiert, „sozialisiert“ wird). Im Sozialbereich findet in dieser Perspektive keine Wertschöpfung (im Sinne von messbarer Güterproduktion) statt, sondern eher unproduktive Kapitalvernichtung, das Funktionieren der Marktgesellschaft wird behindert, indem dem Wirtschaftskreislauf Kapital entzogen wird. In volkswirtschaftlicher Perspektive wird zumindest sichtbar, dass im Sozialbereich Wertschöpfung im Sinne der Schaffung von Arbeitseinkommen stattfindet und dass er Voraussetzung des Funktionierens der Marktgesellschaft ist, weil er einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung von Arbeitskraft und zur Sicherung von Legitimität leistet. Damit komme ich zu meiner zweiten These:

Die sozialen Dienste sind „systemrelevant“ und von Bedeutung für den „Standort Deutschland“, darüber hinaus unverzichtbar in einer Zivilgesellschaft, die Menschenwürde, Gerechtigkeit und Gemeinsinn als zentrale Werte ansieht

Allein schon die Betrachtung quantitativer Indikatoren macht eine erhebliche beschäftigungspolitische und volkswirtschaftliche Relevanz deutlich: Der Anteil der in sozialen Diensten Tätigen an allen Erwerbstätigen ist seit 1950 - und auch noch seit 1990 - stetig gewachsen und liegt mittlerweile bei über vier Prozent. Die Anzahl der Beschäftigten übersteigt mit etwa 1,6 Millionen mittlerweile etwa die Zahl der Beschäftigten im Fahrzeugbau deutlich (vgl. dazu Züchner/Schilling 2010). Nicht zu Unrecht sprechen Salamon & Anheier (für den Dritten Sektor) 1999 von einer „großen Jobmaschine“ (a.a.O., S. 24). Über die Lohnsumme - deren Angemessenheit getrennt zu diskutie-

ren wäre - wird dieser Bereich damit zu einem wichtigen Faktor in der volkswirtschaftlichen Bilanz und kann für sich reklamieren, ein wesentliches Element des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu sein.

Jenseits solcher Daten trägt er aber in qualitativer Hinsicht zur Standortsicherung bei und ist tatsächlich „systemrelevant“: Wagt man das Gedankenexperiment eines ersatzlosen Wegfalls der sozialen Dienste, so stellt man sehr schnell fest, dass damit nicht nur, systemimmanent betrachtet, die Sicherung der „bedarfsgerechten Verfügbarkeit menschlicher Arbeitskraft“ gefährdet wäre, sondern darüber hinaus individuelle Lebensqualität und Lebensperspektiven, die Möglichkeiten individueller und kollektiver Lebensbewältigung, letztlich Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit. Es hätte unabsehbare Folgen für die Legitimität des gesellschaftlichen Systems, wenn die sozial- bzw. wohlfahrtsstaatlichen Sicherungsversprechen - Schutz vor Armut, Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, materielle und immaterielle Versorgung im Alter und im Krankheitsfall - mangels sie gewährleistender Personen und Institutionen nicht mehr eingehalten werden könnten. Es hätte gleichermaßen gravierende Folgen für diese Legitimität, wenn gesellschaftliche Bildungs- und Entwicklungsprozesse - vor allem als Angebote an die Unterprivilegierten und Ausgrenzten - nicht mehr stattfinden könnten, mit denen gesellschaftlicher Chancenungleichheit entgegen gewirkt werden soll. Damit wäre das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes ausgehöhlt und der gesellschaftli-



Foto: Morguefile

che Zusammenhang der wesentlichen Aspekte des Gemeinsinns und der Solidarität beraubt, das Funktionieren von Gesellschaft in der Tat auf reine ökonomische Nutzenerwägungen reduziert. Gesellschaft ohne die sozialen Dienste stünde ausschließlich unter dem Zeichen des „homo oeconomicus“.

Was in den ersten beiden Thesen diagnostiziert wurde, hängt, so wird hier behauptet, ursächlich zusammen mit dem Siegeszug des Neoliberalismus, mit dem Vordringen marktradikaler Überlegungen in alle gesellschaftlichen Bereiche. Aber die sozialen Dienste wären schlecht beraten, wenn sie die (öffentliche) gesellschaftliche Ignoranz ihnen gegenüber nur darauf zurückführen würden. Sie haben selber zu gesellschaftlicher Nichtwahrnehmung, zum geringen Sozialprestige und zur „Schwäche“ des sozialen Bereichs beigetragen. So lautet denn meine dritte These:

Die gesellschaftliche Ignoranz gegenüber dem sozialen Bereich ist auch - und nicht unwesentlich - Folge seiner Schwäche(n)

Diese Schwächen haben zum einen mit „Abwehrverhalten“ zu tun. Große Teile des sozialen Sektors, Personen wie Organisationen, haben immer noch Probleme damit, sich selbst als Teil der „Wirtschaft“, des gesellschaftlichen Systems der Arbeit zu begreifen. Notwendige Auseinandersetzungen um die Grenzen der Ökonomisierung und der Vermarktlichung im sozialen Bereich werden eher auf ideologischer Basis, denn mit klaren sachlichen Argumenten geführt. Forderungen nach Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung und professionellem Management der Organisationen geraten dabei ihrerseits unter Ideologieverdacht als „neoliberales Teufelszeug“.

Darüber hinaus findet sich in diesem Bereich das, was man „Kleinstaaterei“ nennen darf: Die im Bereich sozialer Dienstleistungen Tätigen haben subjektiv kaum ein Bewusstsein davon, was sie - jenseits der Unterschiedlichkeit ihrer konkreten Aufgaben - verbindet, ja teilweise grenzen sich die Berufe/Professionen sogar bewusst gegeneinander ab unter Verweis auf unterschiedliche Ausbildungs- und damit Kompetenzniveaus oder auf die Besonderheit der jeweiligen Anforderungen und Belastungen. Zu beobachten sind sogar Versuche, Bündnisse mit anderen, als statushöher angesehenen Gruppen zu schließen, um im Wettbewerb um Gehalt und berufliche Autonomie, aber auch gesellschaftlichen Status komparative Vorteile zu erlangen. Gewerkschaftliche Aktionseinheit ist kaum zu finden, vertretungsstärkere Bereiche (Krankenpflege, Erzieher/innen) agieren allein und werden von den

vertretungsschwachen (z.B. Soziale Arbeit) allein gelassen. Träger verlassen gemeinsame professionelle Standards und argumentieren, konfrontiert mit Ausschreibungsverfahren, vor allem mit dem „Organisationserhalt“ - was konkret heißt: Sie geben den Grundsatz auf, dass professionelle Arbeit zumutbare, auskömmliche und zufriedenheitsstiftende Beschäftigungsbedingungen voraussetzt, unterbieten sich nicht nur finanziell, sondern auch, was den Grad des Risikos der zwangsläufig folgenden Nichteinhaltung von Qualitätsstandards anbelangt.

Mangelnde Einigkeit ist aber auch auf der Ebene der hochschulischen Disziplinen zu beobachten. Disziplin- und Hochschulegoismen regieren in einer zunehmend wettbewerblich überformten Bildungslandschaft. Festgestellt werden kann eine wachsende Diversifizierung der hochschulischen Studienangebote innerhalb der Disziplinen, die Entwicklung neuer, spezialisierender Studiengänge, gar die Aufgabe des „proprium“ der Hochschulausbildung, der vorrangigen Orientierung an Wissenschaftlichkeit, durch unbedachte Übernahme von (eher berufsausbildungsbezogenen) Praxisanforderungen oder „blinde“, ungeprüfte Anerkennung von außerhalb der Hochschule erworbenen Kompetenzen. Festgestellt werden kann aber auch das Nebeneinander verschiedenster Fachbereichstage, die oft nur jeweils eine Disziplin - Soziale Arbeit, Pflege, Heilpädagogik - repräsentieren und vielfach eher auf Abgrenzung, denn auf Kooperation orientiert sind.

Die Frage, wie die skizzierten Schwächen der sozialen Dienste zu erklären sind, kann hier nicht ausführlich erörtert werden. Nur einige Stichworte sollen genannt werden. **Erstens:** Es handelt sich immer noch überwiegend um Frauenberufe in dem Sinne, dass die übergroße Mehrheit der Beschäftigten Frauen sind. (Was das insbesondere unter dem Aspekt der Entwicklung um Umsetzung von Professionalisierungsstrategien bedeutet, dazu haben schon vor 20 bis 30 Jahren Hochschullehrerinnen wie H. Krüger, U. Rabe-Kleberg oder M. Karsten das Wesentliche gesagt.) **Zweitens:** Die in diesem Bereich erforderlichen Kompetenzen werden immer noch vielfach als „hausarbeitsnah“, „frauenspezifisch“, „gesellschaftliche Basisqualifikationen“ charakterisiert, immer noch wird die Motivation des „Helfens“ schon als alleinige Voraussetzung zur Berufstätigkeit anerkannt, immer noch gibt es Vorbehalte gegen die Notwendigkeit wissenschaftlicher Ausbildung für die Berufsausbildung (auch bei Vertreter/innen der beruflichen Praxis selbst). **Drittens:** Zu finden ist nicht nur eine unterschiedliche Berufsstruktur samt entsprechenden Ausbildungsanforderungen, teilweise die Unklarheit darüber, für welche Funktio-

nen welche Qualifikation erforderlich ist, sondern auch ein ungeklärtes Verhältnis zum Laiensystem (Einsatz von Ehrenamtlern und Honorarkräften sowie berufsfremd Ausgebildeten). **Viertens:** Der Prozess der Akademisierung verläuft ausgesprochen uneinheitlich, Disziplinbildung ist vielfach nicht abgeschlossen und Promotion im „eigenen Fach“ nicht möglich. **Fünftens:** Arbeitgeber wie Beschäftigte, auch viele Hochschulvertreter, eint oft ein eher „praktizistisches“ Verständnis - „berufliches Erfahrungswissen“, das nur in langen Jahren der Berufsausübung erwerbbar sei, Empathie und Intuition als zentrale Voraussetzungen erfolgreicher Aufgabenbewältigung, der „Fallbezug“, also die Überzeugung von der vermeintlichen Einmaligkeit jedes Falles in allen seinen Aspekten, schließlich die „fürsorgliche Parteilichkeit“ im Verhältnis zur Klientel stehen oft professioneller, also wissenschaftsbasierter und ethisch fundierter Aufgabenbewältigung entgegen. **Fünftens:** Es gibt einen gemeinsamen Mangel an Selbstaufklärung über die realen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und an Diskussionen über gesellschaftliche und eigene Funktionszuweisungen.

Zusammenfassend kann man behaupten: Die Disziplinen und Professionen im Bereich der sozialen Dienste „eint“ ein nur schwach ausgebildeter wissenschaftlicher und professioneller Habitus - was ihre gesellschaftliche Vertretung erschwert. Es stellt sich also die altbekannte Frage: Was tun?

3. KONSEQUENZEN: SEIEN WIR SAGE!

Zunächst ist es nötig, aus der nur abstrakten, wissenschaftlich begründeten Einheit des sozialen Bereichs eine reale zu machen. Damit ist nicht die Forderung nach einer straff organisierten, politisch organisierten „Einheitsfront“ und nach einer Art „Zentralkomitee“ gemeint. Vielmehr sind zunächst Analysen und vor allem Kommunikation gefordert. **Analysen:** Vieles von dem, was hier über Gemeinsamkeiten und gesellschaftliche Relevanz der Disziplinen und Professionen im Bereich der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen behauptet wurde, ist bereits wissenschaftlich belegt. Dennoch fehlt es in weiten Bereichen noch an - insbesondere vergleichender - Forschung und an Theoriediskursen. **Kommunikation:** Die in Ansätzen bereits begonnene Diskussion über Disziplin- und Professionsgrenzen hinaus muss intensiviert werden. Ohne Verständigung über gemeinsame Standards in beruflicher wie hochschulischer Ausbildung und in der beruflichen Sphäre, ohne die Auseinandersetzung über gemeinsame Stärken und Schwächen der Organisationen und Personen im sozialen Bereich und im darauf

bezogenen (Aus-) Bildungssektor, ohne eine solche Basis - wohlgernekt verstanden als Prozess von Analyse, Theoriebildung und Kommunikation, nicht als in Stein gemeißeltes Ergebnis - werden alle Versuche einer stärkeren gesellschaftlichen Positionierung des sozialen Bereichs hohle und letztlich erfolglose Public-Relations- oder professional-design-Aktivitäten bleiben. Wenn wir diesen Prozess aber in Gang setzen, sollte er zielen auf den Bau eines gemeinsamen Dachs der Interessenvertretung und der Entwicklung einer gemeinsamen „Marke“ der Berufe und Fächer im Bereich des Erziehungs-, Gesundheits- und Sozialwesens.

Letzteres hat uns der so genannte MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) erfolgreich vorgemacht. Vor dem Hintergrund einer Krisenanalyse - Mangel an akademischem Nachwuchs - haben sich die unterschiedlichsten Fächer und Berufsgruppen unter einem gemeinsamen Label vereinigt, haben, zumindest im öffentlichen Auftreten, jeweilige Sonderinteressen und Eitelkeiten hintangestellt, haben ihre Relevanz unter Bezug auf den Wissenschaftsstandort Deutschland und die Bedeutung der Ingenieurwissenschaften für Innovation und Wirtschaftskraft, für Wettbewerbsfähigkeit im Globalisierungsprozess, für Wohlstand herausgestellt, haben schließlich prominente Unterstützer in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik gefunden. MINT ist mittlerweile ein eingeführtes Akronym, das über das Bildungssystem hinaus Verwendung findet.

Warum sollte den Professionen und Disziplinen, den Personen und Organisationen im Bereich der sozialen Dienstleistungen nicht Vergleichbares möglich sein - eine Marke, am besten ein Akronym zu finden, mit der/dem gesellschaftlich die Relevanz des Bereichs im Sinne der vorstehenden Ausführungen assoziiert wird? Ich habe dazu auf dem Fachbereichstag Soziale Arbeit im Dezember 2009 einen Vorschlag gemacht: SAGE als Abkürzung für Soziale Arbeit und Heilpädagogik, Gesundheit und Pflege sowie Erziehung und

Bildung. SAGE kann man deutsch aussprechen, aber auch englisch oder französisch - in den letztgenannten Sprachen hat es, wie „mint“, eine Bedeutung, in beiden vergleichbar im Sinne von „weise, verständig, besonnen, umsichtig, klug“, das Französische bietet zudem die selbstironisch zu verwendende Zweitbedeutung von „artig, sittsam, wohlgezogen, fromm“.

Man kann den Eindruck gewinnen, dass die Idee und das Akronym nach anfänglicher Skepsis in letzter Zeit verstärkt aufgenommen werden. Immer häufiger wird von den SAGE-Fächern oder den SAGE-Berufen gesprochen. Das deutet darauf hin, dass es zunehmend weniger Akteuren um Fragen geht wie: Ist „meine“ Disziplin oder Profession in der Marke „quantitativ“ bzw. in der Reihung ihrer Relevanz entsprechend repräsentiert? Ist die Abgrenzung und Zuordnung der Disziplinen und Professionen trennscharf? Und es deutet auch darauf hin, dass Bereichsgeiz abnehmen, mit denen die gemeinsame Vertretung tendenziell auf dem Altar der eigenen Bedeutung geopfert wird. Die Bereitschaft, auf Augenhöhe zu kooperieren und gemeinsam zu agieren, scheint zu wachsen. Wir sehen noch eine zarte Pflanze vor uns, aber eine, aus der ein starker Baum werden kann. Hegen und pflegen wir sie durch Kommunikation und Austausch, durch Analysen und Theoriebildung, durch Einigung auf gemeinsame Standards, durch politisches Engagement auf der Basis gemeinsamer Strategieentwicklung. Es geht um mehr als um die Verbesserung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen im sozialen Bereich, um mehr als gesellschaftliche Anerkennung, um mehr als die Grundlegung eines wissenschaftlichen und politischen Habitus an den Hochschulen. Es geht darum, in Auseinandersetzung mit ökonomistisch verkürzten Vorstellungen das Soziale wieder als integralen Bestandteil einer auf Vorstellungen von Menschenwürde, Gerechtigkeit und Gemein-sinn basierenden Zivilgesellschaft in sein Recht zu setzen. Seien wir in diesem Sinne SAGE!

Verwendete Literatur:

- Bäcker, G., Bispinck, R., Hofemann, K., Naegele, G. (2000): *Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland*. 3. Auflage. Wiesbaden (2010 in 5. Auflage „völlig überarbeitet und erweitert“ erschienen und ständig aktualisiert unter www.sozialpolitik-lehrbuch.de)
- Bartosch, U., Knauer, R., Knösel, P., Ludwig, H., Mergner, U. (Hg.) (2010): *Qualifikationsrahmen Soziale Arbeit (QRSArb)*. Version 5.1. Eichstätt
- BMBF (Hg.) (2011): *Pressemitteilung Nr. 69/2011 vom 18.05.2011* (vgl. Ausschreibungstext vom 21.10.2010 auf der BMBF-website)
- Mergner, U. (2009): *SAGEhafte Fächer! Soziale Arbeit, Gesundheit und Erziehung in einer gemeinsamen Interessenlage? Referat zum Fachbereichstag Soziale Arbeit in Mainz im Dezember 2009*. Unveröff. Ms. (vgl. auch: www.fbts.de)
- Salamon, L.M., Anheier, H.K. (1999): *The Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project, Phase II*. Gütersloh
- Züchner, I., Schilling, M. (2010): *Nach dem sozialpädagogischen Jahrhundert – zur aktuellen Entwicklung des Arbeitsmarktes für soziale Berufe*. In: *Neue Praxis*, H. 1



Aus einem beeindruckenden Angebot an Vorträgen und Best Practise-Beispielen greift EVA PORZNER-REUSCHEL sieben Fachvorträge heraus und lässt Referentinnen und Referenten bereits jetzt zu Wort kommen.

DIE SEELE DES FÜHRENS

Wie man die innere Welt der Menschen anspricht oder Betroffene zu Beteiligten macht

„Führen hat mit Menschen zu tun! Und Menschen bewegen sich nur, wenn sie innerlich motiviert sind“, sagt Klaas IJkema, Unternehmensberater aus den Niederlanden und Mitglied des Instituts für Mensch & Organisationsentwicklung, Zeist. Er wird mit seinem Vortrag „Die Seele des Führens“ Besuchern der ConSozial seinen Ansatz näher bringen.

Menschen haben Überzeugungen, Gefühle und bemühen sich, bestimmte Dinge weiter zu treiben. „Ein be-seeltes Führen sucht daher die Verbindung zur inneren Welt der Menschen“, so Klaas IJkema. Anders ausgedrückt bedeutet das, dass man über die Kunst verfügt, die Seele unter der Oberfläche wahrzunehmen. Wenn das gelinge, könne man andere Menschen bewegen. IJkema: „Genau das ist Führen!“

Wie sieht das im praktischen Leben aus? Klaas IJkema gibt Beispiele: „Diese Methode bedeutet, dass ein Leiter die Mitglieder seines Teams nicht nur in ihrer Funktion wahrnimmt oder gar als ‚Produktionsfaktoren‘, sondern vor allem als Individuen. Er muss das ‚innere Ich‘ wecken, ansprechen und verstärken“, betont der Unternehmensberater. So werde eine Beziehung zu seinem Gegenüber aufgebaut, ein Dialog entstehe. Betroffene würden damit zu Beteiligten.

Wie das konkret aussieht? Klaas IJkema gibt ein Beispiel: „In einer Schule wird beschlossen, das Archiv umzugestalten. Eine Menge Arbeit steht bevor. Man kann dann sagen: ‚Wer will helfen?‘“. So setze man aber von Anfang an Personen bereits unter Druck, führt IJkema aus. Man müsse erst mit einer entsprechenden Formulierung auf die innere Haltung der Anwesenden eingehen und zum Beispiel gezielt fragen: „Willst du mir nächste Woche an diesem oder jenem Tag dabei

helfen?“ Dadurch entwickle sich ein respektvoller Umgang miteinander. Dieser erlaube den Angesprochenen, in Freiheit zu entscheiden.“

„Die Seele des Führens“ will immer den Standpunkt des Kunden einbeziehen. Klaas IJkema erklärt aus der Praxis: „Ein Krankenhaus mit einem schlechten Ruf musste Einsparungen vornehmen. Dazu war eine tief greifende Reorganisation nötig. Der neue Vorstandsvorsitzende forderte das Management auf, sich eingehend mit den Bedürfnissen der Patienten zu befassen. Daraufhin begleiteten die Top-Führungskräfte der Klinik drei Tage lang Ärzte, Krankenschwestern und Pfleger. Außerdem erprobten die Manager selbst den Service des Hauses, indem sie sich einen Tag lang in die Rolle des Patienten begaben.“ Die Führungskräfte hätten so hautnah erlebt, wie sich Kranke in diesem Hause fühlten. Klaas IJkema: „Nach diesen Erfahrungen wurden entsprechende Entscheidungen getroffen. Sie waren erfolgreich. Innerhalb von drei Jahren gab es wieder durchwegs positive Beurteilungen.“

Ob es um Patienten, Kunden, Kollegen oder Mitarbeiter ginge, immer sei die Frage entscheidend, ob man es verstehe, mit anderen Menschen in ein Gespräch auf Augenhöhe zu kommen, weiß der Unternehmensberater. „Wenn man seine eigenen Gedanken, Gefühle und Bestrebungen kennt und ganz persönlich einbringt, spricht man auch das ‚Ich‘ des anderen an. Das bewegt Menschen in der Seele und hat daher große Wirkung! Wir nennen das auch horizontales Führen“. Klaas IJkema wird bei der ConSozial zeigen, wie das Konzept ‚Seele des Führens‘ methodisch angewandt wird.

Infos auch unter: www.het-imo.net

LEISTUNG BRAUCHT ANERKENNUNG

Die Bezahlung von Führungskräften in der Sozialwirtschaft. Eine Studie

Schon heute gibt es einen Mangel an Fach- und Führungskräften in der Sozialwirtschaft. Diese Situation wird sich in Zukunft aufgrund des demographischen Wandels noch verschärfen. Immer wieder stellt sich dabei die Frage, wie viel einer Organisation eine Führungskraft wert ist. In ihrem Vortrag „Schlechtes Gehalt – gute Führungskräfte“ stellt Professorin Dr. Gabriele Moos, RheinAhrCampus, die Vergütungsstudie 2010 Führungskräfte in der Sozialwirtschaft vor, die in Zusammenarbeit mit contec, Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH, entstanden ist. Es handelt sich um die vierte Studie in Folge, so dass Gabriele Moos Ergebnisse auch mit den Vorjahren vergleichen kann. Vorstände, Geschäftsführungen, Regional-, Bereichs- und Einrichtungsleitungen wurden zu ihrer aktuellen Vergütungssituation befragt. Berücksichtigt wurden unter anderem das Durchschnittseinkommen je Position und die Frage, wie zwischen Berufserfahrung, Bildungsabschluss oder Geschlecht differenziert wird. Die Wissenschaftler gingen auch der Frage nach, welche Vergütungssysteme sich etabliert haben und welche Kriterien bei einer Bewertung jeweils angewandt, ob sie als gerecht empfunden wurden. „Wichtig war uns zudem“, so die Professorin, „Gehaltsdifferenzen bezüglich der Geschlechter und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu untersuchen.“ Es ist wie erwartet: Auch in der Sozialwirtschaft nehmen wenige Frauen Führungspositionen ein. Schwerpunkt der Studie war allerdings die Lohngerechtigkeit generell sowie der Vergleich von Vergütungen sozialer Organisationen mit denen anderer (Dienstleistungs-)Branchen.

FÜR MEHR TRANSPARENZ

In der freien Wirtschaft ist es inzwischen Gesetz: Vorstandsgehälter müssen offen gelegt werden. Die Sozialwirtschaft ist dazu nicht verpflichtet. Es besteht hier



Foto: Ernst Rose- pixelio

wenig Transparenz. Die Studie soll das ändern und einen Überblick über Gehaltshöhe und -struktur von Führungskräften schaffen. Das Gehalt sei zwar häufig nicht der wichtigste Grund, sich für oder gegen einen Arbeitgeber zu entscheiden, berge jedoch ein wesentliches Motivations- oder Demotivationspotential, so Moos. „Letztlich verbinden Menschen doch eine gewisse Höhe des Gehalts mit einer Wertschätzung ihrer Tätigkeit.“

Im Umkehrschluss heißt das: Eine entsprechende Vergütung mit modernen und interessant gestalteten Strukturen macht auch aus einer sozialen Organisation einen attraktiven Arbeitgeber. Es geht also darum, hier zu punkten und nicht das Nachsehen zu haben. Die Sozialwirtschaft braucht in Zukunft mehr fähige Führungskräfte denn je. Die Studie soll die Grundlage schaffen, durch höhere Transparenz eine Diskussion in Gang zu bringen, die sich mit den unterschiedlichen Gehaltsstrukturen beschäftigt. Auf Zahlen, Daten und Fakten wird Professorin Moos bei der ConSozial eingehen. Ein mit Sicherheit guter Leitfad für soziale Unternehmen, die auch in den nächsten Jahren konkurrenzfähig bleiben wollen.

IDEEN MIT WACHSTUMSPOTENTIAL

Wie Sozialunternehmer Entwicklungen erfolgreich voran bringen können

Was haben Sozialunternehmer mit Gründern in der Wirtschaft zu tun? Viel, wenn sie erfolgreich sein wollen. „Sozial denken, unternehmerisch handeln – Beobachtungen zu Social Entrepreneurship in Deutschland“ lautet Felix Oldenburgs ConSozial-Vortrag, in dem er Zusammenhänge erklärt. Oldenburg ist Geschäftsführer der Ashoka GmbH. Sie fördert 3000 Sozialunternehmer in 70 Ländern.

„Wir gehen von Betroffenen vor Ort aus, also von der lokalen Ebene, und unterstützen bereits in einer frühen Phase Gründer sozialer Organisationen bei der Entwicklung außerordentlicher Ideen, die Wachstumspotenzial aufweisen“, erklärt Felix Oldenburg. „Um solche Unternehmer zu finden, haben wir ein weltweites Netzwerk aufgebaut.“

STIPENDIUM FÜR VERBLÜFFENDE IDEE

So stand Ashoka beispielsweise einem Gynäkologen zur Seite, der die Brustkrebsvorsorge von Frauen mit kurzem, nur wenige Minuten dauernden Abtasten für ungenügend hielt und einen neuen Weg fand. Er stellte fest, dass blinde Frauen aufgrund ihrer Behinderung Knoten in der Brust besser wahrnehmen können als andere. Der Arzt nahm Kontakt zu einer Blindenschule auf und bildete Frauen aus. Heute bietet er zusammen mit einer kleinen Anzahl weiterer Praxen Vorsorgeuntersuchungen an, bei denen blinde Frauen diese Tätigkeit übernehmen. Ashoka hat den Arzt mit einem Stipendium unterstützt und gab ihm damit die Möglichkeit, sich zu 100 Prozent auf dieses Projekt zu konzentrieren.

„Eine weitere Frage, die wir uns stellen, ist“, so



Oldenburg, „zu prüfen, ob eine Idee nicht auch überregional entwickelt werden kann. Besagter Gynäkologe konzentriert sich jetzt genau darauf.“ Ashoka stellt ihm wie anderen ihr Expertennetzwerk zur Verfügung. Diesem gehören beispielsweise Rechts- und Unternehmensberater an. „Wir eröffnen also Talentmöglichkeiten auch durch Beratung.“ Ein Problem sei

jedoch häufig, dass es in Deutschland keine Förderkultur für Gründer im sozialen Bereich gebe. Ashoka greift daher bei Bedarf auch immer wieder auf ein Netzwerk von Unternehmerpersönlichkeiten der Wirtschaft zurück, mit denen dann eine finanzielle Grundlage geschaffen wird.

BEHINDERUNG ALS PLUS

Dass sich Förderungen oft lohnen, zeigt ein zweites Beispiel von Ashoka. Ein dänisches Sozialunternehmen hat Autisten für die Dateneingabe und Tests von Software beschäftigt. Felix Oldenburg: „Autisten arbeiten oft detailgenauer als Nicht-Autisten. Das heißt, hier wird aus einer Behinderung ein Wettbewerbsvorteil.“ Das funktioniere nicht nur in Dänemark, sondern auch in Deutschland, verdeutlicht Oldenburg. „Im Prinzip könnte jede Behindertenwerkstatt davon lernen...“.

Interessant dürfte der Vortrag von Felix Oldenburg für die Vertreter traditioneller sozialer Organisationen auf alle Fälle sein. Oldenburg: „Sozialunternehmer sind zwar neue Wettbewerber, aber noch wichtiger sind sie als Kooperationspartner, um ihre Innovationen durch die bestehenden Strukturen der Wohlfahrtspflege schneller zu verbreiten.“

DIE GROSSE KUNST

Was soziale Organisationen tun können, um Bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln

Was können soziale Organisationen tun, um Bürgerschaftliches Engagement zu entwickeln? Nachdem es keine Zivildienstleistenden mehr gibt, wird diese Frage Sozialunternehmen zunehmend mehr beschäftigen. Professor Dr. Thomas Olk von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wird bei der ConSozial in seinem Vortrag „Bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft nachhaltig entwickeln“ Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Es bestehen unterschiedliche Formen Bürgerschaftlichen Engagements: Die unregulierten und die regulierten, wie etwa Jugendfreiwilligendienste (Freiwilliges Soziales und Freiwilliges Ökologisches Jahr) und die Freiwilligendienste aller Generationen, die mit wenigen Stunden in der Woche abgeleistet werden können. Neu ist der Bundesfreiwilligendienst, der praktisch die Nachfolge des Zivildienstes ist.

NUR WENIGE MELDEN SICH

Hier können Menschen jeden Alters tätig werden, die Freiwilligen unter 27 in Vollzeit und die über 27 in Teilzeit. 35.000 Plätze sind geplant. Am 1. Juli 2011 haben die ersten Freiwilligen begonnen. „Es haben sich bislang aber nur wenige gemeldet. Wir wissen zurzeit allerdings noch nicht, ob dies Startprobleme sind oder mehr dahinter steckt“, berichtet Olk. „Gebraucht werden wesentlich mehr Freiwillige. Das steht fest. Auch in manchen anderen Ehrenämtern zeichnet sich ein Mangel ab.“

„Organisationen und Verbände haben es bei Bürgern, die sich engagieren wollen, mit ganz verschiedenen Menschen zu tun“, so Olk. „Sie sind unterschiedlichen Alters und ungleicher Bildung. Auch ihre Motive, sich zu engagieren, können mannigfaltig sein.“ Das Pro-

blem sei in diesem Fall die Vielfalt. „Und genau dafür haben wir geeignete Bedingungen zu schaffen“, erklärt der Professor.

ANGEBOT UND NACHFRAGE

Entsprechende Passverhältnisse, wie das so schön heißt, müssen hergestellt werden. Das bedeutet, Angebot und Nachfrage sind aufeinander abzustimmen. Ehrenamtliche sollen gemäß ihren Wünschen, ihrer Ausbildung und ihres Alters eingesetzt werden. „Das ist die große Kunst“, betont Thomas Olk.

„Bei den Jugendfreiwilligendiensten“, sagt der Wissenschaftler, „ist die Gruppe ziemlich homogen. Meist wollen hier Frauen arbeiten. Sie haben alle mindestens Realschulabschluss oder Abitur, sind gut qualifiziert. Bei den Freiwilligendiensten aller Generationen und dem Bundesfreiwilligendienst sind die Gruppen schon heterogener. Die Frage ist: Wie stellt man sich darauf ein?“

„Wir müssen alles sehr genau hinterfragen“, fordert Olk. „Möchte jemand wieder in den Arbeitsmarkt zu-

rück und will sich deshalb hier qualifizieren? Haben wir es mit einem älteren Menschen zu tun, der anderen einfach nur zur Seite stehen mag, egal an welcher Stelle, oder geht es um einen jungen Menschen, der Orientierung sucht für seine Berufswahl?“

„All das ist zunächst zu klären“, betont Thomas Olk. „Nur, wenn wir entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, werden wir mehr Menschen für ein Bürgerschaftliches Engagement begeistern können.“

Auf die Umsetzung dieser Forderung wird Thomas Olk im November näher eingehen.



Foto: Rolf Kühnast - pixelio

DIE RESTE DEN ARMEN

Sind unsere Tafeln nachhaltig? Einrichtungen auf dem Prüfstand

Tafeln unterstützen Bedürftige mit Lebensmitteln, mit Nahrung, die der Rest unserer Gesellschaft nicht mehr braucht. Etwa eine halbe Million Menschen werden in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, auf diese Weise versorgt. Tafeln und Suppenküchen sind inzwischen weithin bekannt. Was jedoch fehlt, ist ein Nachdenken darüber, ob damit ein Problem gelöst oder nur eine vorübergehende Wirkung gezeitigt wird. Mit seinem ConSozial-Vortrag „Soziale Nachhaltigkeit auf dem Prüfstand – Armutsvorsorgung in Deutschland am Beispiel der Tafeln“ stellt Professor Dr. Stefan Selke, Hochschule Furtwangen University, dieses Thema zur Diskussion.

Stefan Selke hat in Brasilien unter den Ärmsten der Armen gelebt und danach in Deutschland lange bei einer Tafel mitgearbeitet, auch andere Einrichtungen besucht. So gewann er einen tiefen Einblick ins Thema. „Es ist im Augenblick so, dass Tafeln vordergründig Armut bewältigen. Damit sind sie aber gleichzeitig als selbstverständlicher Bestandteil unserer Gesellschaft bestätigt“, führt Professor Selke aus.

DIE MINIMALLÖSUNG

„Ein zweiter Faktor ist, dass Tafeln und Suppenküchen letztlich eine Minimalform von Existenz garantieren, ohne Entwicklung zu ermöglichen. Soziale Nachhaltigkeit bedeutet aber, dass es Schutzräume geben muss, in denen Menschen sich entfalten können, ohne bevormundet oder gar fremd bestimmt zu werden. Indem man Lebensmittel und warme Gerichte ausgibt, unterstützt man all das nicht.“ Der Professor: „Tafeln sind ein Paradebeispiel der Existenzunterstützung auf



Foto: Morguefile

unterster Ebene. Ob sie sozial, ökologisch und ökonomisch auch nachhaltig sind, ist damit noch nicht geklärt.“

Um zu Ergebnissen zu kommen, recherchierte der Soziologe zunächst einmal alte Nachhaltigkeitsleitbilder. Herangezogen wurden Beschlüsse der Enquete-Kommission des Bundestages (1998, 2002) und andere Quellen. Die Frage

lautete: Was versteht man überhaupt unter Nachhaltigkeit? Um Antworten definieren zu können, ging es darum, Kriterien festzulegen, die bei der Untersuchung existenzunterstützender Angebote angewandt werden konnten.

BEGRIFF VERALTET

„Das Ergebnis der Studie war eindeutig: Nach den von den genannten Kommissionen definierten Bildern sind die Tafeln nicht nachhaltig“, stellt Professor Selke fest. „In der Öffentlichkeit hingegen, vor allem in den Medien und von den Tafeln sowie deren Interessenvertretungen wird aber immer wieder das Gegenteil behauptet. Deshalb muss man weiter forschen, ob möglicherweise unser Nachhaltigkeitsbegriff nicht schon wieder veraltet ist.“

„Die öffentliche Diskussion sollte also weniger um schnelle, pragmatische Leistungen geführt werden, als viel mehr hinlenken zu einer Debatte um unser gesellschaftliches Selbstverständnis“, fordert Professor Stefan Selke. „Wir müssen feststellen, was nur einen Effekt generiert und was langfristig einen Fortschritt bringt. Diese Diskussion ist jetzt vonnöten. „Weiterverteilen von Überflüssigem an Menschen, die als gesellschaftlich überflüssig gelten, löst die soziale Frage nicht – ganz im Gegenteil...“

SIND MUSLIME INTEGRATIONSUNWILLIG?

Professor Dr. Ahmet Toprak und seine Studie zu einem brisanten Thema

Verweigern Muslime ihre Integration oder nicht? Professor Dr. Ahmet Toprak hat eine Studie vorgelegt und sagt: „Eine eindeutiges Ja oder Nein gibt es nicht.“ Toprak war zwei Jahre lang in München, Dortmund sowie Berlin unterwegs und hat 124 Personen unter anderem in Schulen, Jugendtreffs, Vereinen und Männercafés befragt. Themen waren Zwangsheirat, Kopftuch, Gewalt, Homophobie und natürlich Ehre und Ehrenmord.

„Muslimen wird häufig unterstellt, integrationsunwillig zu sein“, führt der Professor aus. „Meine Idee war es, mit Betroffenen zu sprechen.“ 71 Männer und 53 Frauen standen Rede und Antwort – weniger Frauen, „weil in Deutschland einerseits mehr Männer leben, andererseits die Orte, an denen ich war, mehr von Männern aufgesucht werden. Ich habe allerdings nicht nur Männercafés besucht, sondern war auch in Vereinen, in denen die Mitglieder ausschließlich weiblich sind“, so Toprak.

NICHT NUR RELIGIÖSE MOTIVE

Einbezogen wurden in die Studie Muslime aus der Türkei, dem Libanon, Syrien und dem Irak. „Auch für mich war dabei immer wieder einiges überraschend“, erinnert sich Ahmet Toprak. „Ein Beispiel: Ich komme aus der Türkei. In meiner Familie wird überhaupt kein Kopftuch getragen. Ich hatte jedoch während mei-



Foto: Morguefile

ner Forschungsarbeit zu Frauen Kontakt, die zwar aus Überzeugung, aber aus völlig unterschiedlichen Motiven für das Kopftuch plädierten.“ Nicht immer stecke ein religiöses Motiv dahinter, auch Tradition, oder eine politische Demonstration seien genannte Gründe.

„Fast alle Muslime, mit denen ich gesprochen habe, sind indessen gegen Zwangsheirat“, betont der Professor. „Eine arrangierte Ehe aber begrüßen viele – auch Bildungsaffine. Und da fängt das Problem an: Wo ist die Grenze? Wo beginnt der Zwang?“ Es handle sich manchmal um einen Teufelskreis, weil Versprechen dahinter stünden. „Was passiert, wenn die Eltern bereits bestimmte Dinge versprochen haben? Man will ja auch das Gesicht wahren.“

Ein Vorbild

Eines stellte Professor Dr. Toprak jedoch fest: Muslimischen Frauen sind ihre deutschen Geschlechtsgenossinnen ein Vorbild in puncto Gleichberechtigung. „Aber auch das ist eine Frage der Perspektive“, macht Toprak aufmerksam. „Deutsche Frauen kämpfen noch immer, sind keineswegs der Meinung, dass es in ihrem Land tatsächlich eine Gleichberechtigung auf allen Ebenen gibt. Muslimische Frauen sind dagegen davon überzeugt, dass dieser Prozess schon sehr weit fortgeschritten ist.“

„Eines steht beim Thema Integration allerdings fest“, macht Toprak deutlich: „Wenn sie nicht funktioniert, spielen in der Regel nicht religiöse Hintergründe eine Rolle, sondern soziale und wirtschaftliche. Die prekäre Lage ist ausschlaggebend.“

BILD DER MEDIEN

Worüber der Wissenschaftler noch überrascht war: „Die Medien, deutsche wie türkische, sind von Vorurteilen geprägt.“ Das habe seine Analyse eindeutig bewiesen. „Beide berichten zu 80 Prozent negativ und geben so ein Bild nach außen, das sich festigt. Wer keinen persönlichen Kontakt zu Muslimen hat, wird dieses auch übernehmen.“ Man darf gespannt sein auf die Ausführungen Ahmet Topraks – vor allem auch zu den Themen Ehre und Ehrenmord.

FACEBOOK, TWITTER, XING & Co.

Soziale Netzwerke im Internet und ihre Bedeutung für die Sozialwirtschaft

Soziale Netze im Internet, seit einigen Jahren immer wieder mit dem Schlagwort Web 2.0 in Verbindung gebracht, werden auch die Kommunikation von Einrichtungen und Trägern verändern. Was das für die Sozialwirtschaft bedeutet, welche Möglichkeiten sich dadurch eröffnen, wird Daniel Wagner, Sprecher im Diakonischen Werk Bayern, bei der ConSozial in seinem Vortrag „Facebook, Twitter, Xing & Co.“ darstellen.



ein entsprechendes Einzugsgebiet, wenn sie sämtliche Möglichkeiten nutzen wolle. Wenn aber die Voraussetzungen gegeben seien und ein Unternehmen sich entschlöße, müssten auch entsprechende Modelle entwickelt werden, um im System angemessen kommunizieren zu können.

„Man sollte wissen, wie man mit dem Nutzer kommunizieren will, wie man mit Fragen umgeht, denn im Netz ist alles für alle sichtbar.“ Eine Sensibilisierung für diese Thematik, also Fortbildung für die Mitarbeiter, vor allem auch der Leitungsebene, sei daher unumgänglich, betont Daniel Wagner.

„Bislang“, so Wagner, „ist die Öffentlichkeitsarbeit meist ganz oben angesiedelt, oft als Stabsstelle. Dies ist aufgrund ihrer strategischen Funktion auch richtig. Kommunikation in sozialen Netzen aber setzt ein anderes Verständnis und auch eine andere Kommunikationskultur voraus.“ Mühsam abgestimmte Texte oder auch offizielle Pressemitteilungen funktionierten in diesem Kontext nicht mehr, widersprächen ihm geradezu. „Das macht natürlich erst einmal Angst und Sorge, wenn auch anderes veröffentlicht und bei Facebook & Co. diskutiert wird.“

WIR BRAUCHEN DEN DIALOG

Der Kommunikationsexperte: „Wir müssen aber in einen Dialog treten, überlegen, wie wir in Zukunft unsere Zielgruppen, auch junge Leute, erreichen. Es nutzt doch beispielsweise nichts, wenn wir ein peppiges Plakat von einer Agentur entwickeln lassen, ein Jugendlicher dann dazu eine Auskunft will, vom Unternehmen aber nur PR-Texte oder noch schlimmer: ein sozialpolitisches Statement zu hören bekommt.“

Netzwerke seien eine Option. Die jeweilige Einrichtung brauche allerdings auch eine gewisse Größe und

DER BESCHLUSS

Beim Diakonischen Werk Bayern gebe es seit neun Monaten einen Vorstandsbeschluss: Jeder, vom Verwaltungsmitarbeiter bis zum Fachreferenten, dürfe beispielsweise Facebook im Sinn der Diakonie nutzen – auch jedes Forum und jeden Blog. „Dieser Beschluss hat zunächst etwas mit der Unternehmenskultur zu tun und natürlich mit dem Vertrauen der Führung in die Belegschaft“, erläutert Daniel Wagner. „Wir sind sicher, dass unsere Mitarbeitenden wissen, was sie sagen und hinter dem Unternehmen stehen.“

„Für Presseanfragen ist allerdings nach wie vor der Sprecher zuständig. Er gibt die Mitteilungen heraus“, macht Wagner deutlich. „Wenn es aber um eine Diskussionsrunde im Fernsehen geht, kann jeder ins Netz und seine Meinung zum Thema deutlich machen. Grundvoraussetzung ist, wie gesagt, die Loyalität des Arbeitnehmers gegenüber seinem Arbeitgeber. Ihm ist er freilich immer verpflichtet, wenn er sich im öffentlichen Raum äußert.“

Individuelle Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Behinderungen braucht eine örtliche Gemeinschaft, die so gestaltet ist, dass Inklusion und Teilhabe tatsächlich erfolgen kann. Dazu sind Rahmenbedingungen nötig, die u. a. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum in vielfacher Hinsicht ermöglichen. Barrierefreiheit heißt dabei nicht nur bauliche Erreichbarkeit, sondern auch Zugänglichkeit z.B. im Bereich der Kommunikation, der Freizeitgestaltung, des Arbeitsleben sowie des sozialen und kulturellen Austausches. Teilhabe ermöglichen heißt aber auch, dass der Inklusionsgedanke in den Köpfen der Gemeinschaft vorhanden sein und gelebt werden muss, so wie dies im Artikel 8 der UN-Konvention¹ über die Rechte der Menschen mit Behinderungen gefordert wird.

Ziel ist es, zu einer zur Teilhabe befähigenden und befähigten Gemeinschaft zu kommen. Das bedeutet, dass die individuelle Teilhabe und Teilgabe vor Ort - dort wo die Menschen leben - stattfindet und diese sozialräumliche Perspektive in den unterschiedlichen örtlichen Planungsprozessen Berücksichtigung finden sollte.

Eine integrierte und sozialräumlich orientierte Sozial- und Teilhabeplanung berücksichtigt dies und ist bestrebt, die unterschiedlichen Perspektiven aller beteiligten Akteure vor Ort und insbesondere die der Menschen mit Behinderungen, um die es geht, bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für eine gelingende individuelle Teilhabe einzubeziehen.

Aber auch der überörtliche, für die Eingliederungshilfe zuständige, Sozialhilfeträger kann und sollte sich an den örtlichen Teilhabeplanungen beteiligen, wobei die Federführung für den Teilhabeplanungsprozess si-



Gert Sonntag

Leiter der Strategischen Planung
im Bezirk Oberbayern

Teilhabeplanung als örtliche und überörtliche Aufgabe

cher vor Ort angesiedelt sein sollte. Der Beitrag des überörtlichen Sozialhilfeträgers kann es sein, aus seiner Perspektive Unterschiede in den Regionen sichtbar sowie nutzbar zu machen, Erfahrungen von anderen örtlichen Planungen einzubringen und dabei auf eine gleichwertige (nicht gleichförmige), d. h. eine gleiche Chancen zur Teilhabe ermöglichende überörtliche Versorgungs- und Unterstützungsstruktur zu achten. Zudem kann der überörtliche Träger die örtliche Teilhabeplanung mit Zahlen, Daten, Fakten unterstützen und fachliche sowie organisatorische Impulse auf der Basis seiner vorhandenen Fachdienste und seiner umfangreichen Erfahrung bei individueller Hilfe- bzw. Teilhabeplanung geben. Zugleich erhält der überörtliche Träger durch seine Beteiligung Impulse und Anregungen der örtlichen Ebene für seine überörtliche Fachplanung und Gesamtsozialplanung, so wie er umgekehrt

auch aus der überörtlichen und gesamtsozialplanerischen Perspektive zur örtlichen und regionalen Weiterentwicklung der Teilhabeplanung beitragen kann.

Durch die Verknüpfung der örtlichen und überörtlichen Perspektive können die örtlichen Aspekte der Teilhabe bei der jeweiligen individuellen Teilhabeplanung eines Menschen mit Behinderung im Rahmen der Eingliederungshilfe im Kontext von personenzentrierter und sozialraumorientierter Hilfeplanung eingebunden werden. Auf diese Weise leistet dies einen Beitrag dazu, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ein Stück weiter zu bringen und

auch auf dem Weg zu einem inklusiven Gemeinwesen im Sinne der UN-Konvention etwas weiter voran zu kommen. Dass dies allein sicherlich nicht ausreichen wird, um der UN-Konvention mit ihren 50 Artikeln insgesamt zu entsprechen, scheint dem Autor klar. Es sind nach seiner Auffassung aber Schritte in die richtige Richtung. Wie solche Schritte praktisch aussehen können, zeigt ein Modellprojekt zur örtlichen Teilhabeplanung im Landkreis Weilheim-Schongau in Oberbayern, auf das der Autor an dieser Stelle die am Thema interessierten Leserinnen und Leser zur ihrer weiteren Information aufmerksam machen möchte. Das Modellprojekt zur örtlichen Angebots- und Teilhabeplanung wurde gemeinsam vom Behindertenbeirat und dem Landkreis Weilheim-Schongau sowie dem Bezirk Oberbayern durchgeführt und vom ZPE an der Universität Siegen wissenschaftlich begleitet.² Die Ergebnisse dieses Modellprojektes machen Mut, den eingeschlagenen Pfad zur örtlichen Teilhabeplanung mit dem Ziel der Verbesserung der individuellen Teilhabemöglichkeiten weiter zu verfolgen.

¹ In Deutschland als BRK (abgek.) in nationales Recht übergeführt

² Mehr Informationen dazu auf den Homepages des Bezirks Oberbayern: www.bezirk-oberbayern.de/Soziale_Hilfen/Strategische_Sozialplanung/Projekte und des ZPE: www.teilhabeplanung-wm.uni-siegen.de

Girokonto auch für Arme

Brüssel (dpa). Jeder Bürger soll nach dem Willen der EU-Kommission Anrecht auf ein Bankkonto haben. Eine entsprechende Empfehlung hat EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier vorgelegt. Demnach sollen die Staaten dafür sorgen, das jeder Europäer ein Basiskonto eröffnen und entweder kostenlos oder zu vernünftigen Gebühren nutzen kann - egal, wie seine finanzielle Situation aussieht. Den Banken gibt Barnier ein Jahr Zeit, dies umzusetzen. Sollte sich bis dahin nichts geändert haben, droht der Kommissar mit verbindlichen Regeln. Nach Brüsseler Schätzung haben in der EU rund 30 Millionen Menschen keinen Zugang zu einem regulären Konto - das sind zum Beispiel überschuldete Bankkunden, Arbeitslose und mittellose Menschen. In Deutschland liegt die Zahl nach Einschätzung von Verbraucherschützern im sechsstelligen Bereich. Diese Bürger seien von Teilen des gesellschaftlichen Lebens abgeschnitten, schreibt die Kommission. „Sie stehen vor einer Reihe von Problemen, wenn sie zum Beispiel eine Wohnung mieten wollen oder Gehalt überwiesen bekommen. Verbraucherschützer zeigten sich allerdings enttäuscht: Ursprünglich wollte Barnier das Recht auf ein Basisbankkonto verbindlich per Gesetz verankern. „Der Widerstand einiger EU-Länder und der Bankbranche war aber zu groß“, sagte ein EU-Diplomat.

Modellprojekt für Arbeitslose

Hof (dpa). Mit einem neuen Förderprojekt sollen Arbeitslose aus dem Raum Hof für den Arbeitsmarkt gerüstet werden. Im Juni startete das Projekt „Pro Hochfranken – Stärken nutzen“. Nach Angaben des Sozialministeriums in München

Zuviel Armut in Deutschland?

Berlin (dpa). Die Vereinten Nationen haben massiv Kritik an der sozialen Lage in Deutschland geübt. Viele Kinder und Migranten würden benachteiligt, es fehle an einem umfassenden Armutsbekämpfungsprogramm - das sind zwei zentrale Kritikpunkte in dem vorläufigen Bericht. Das Bundessozialministerium wies die Kritik als „in weiten Teilen nicht nachvollziehbar“ zurück. Der zuständige UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte bemängelt, dass in Deutschland jedes vierte Kind ohne Frühstück zur Schule geht. Der Ausschuss registriert zudem „mit Sorge“, dass 13 Prozent der deutschen Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben - darunter 2,5 Millionen Kinder - und dass 1,3 Millionen Menschen trotz Arbeit staatliche Unterstützung benötigen. Notwendig sei ein nationales Programm gegen Armut. Die UN-Experten beklagen auch, dass sich Migranten nach wie vor großen Hindernissen bei Bildung und Beschäftigung gegenübersehen. Asylsuchenden würden ausreichende Sozialleistungen versagt. Erheblich ausgebaut werden müssten in Deutschland Angebote für Kinder, Behinderte, Ältere und Kranke.

Das Bundessozialministerium wies die Kritik als „nicht durch wissenschaftliche Fakten belegt“ zurück. Deutschland habe in den vergangenen Jahren auch im Sozialbereich eine positive Entwicklung genommen, die weltweit hoch anerkannt sei, sagte eine Sprecherin. „Es ist schade, dass der UN-Unterausschuss nahezu keine Fakten aus der umfangreichen Stellungnahme der Bundesregierung im Bericht berücksichtigt hat.“

Experten fordern Schutz für Pflegebedürftige

Berlin (KNA). Die Deutsche Hospiz-Stiftung fordert bessere gesetzliche Regelungen bei Misshandlungen in der Pflege. Sinnvoll sei die Einrichtung von Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften, die bundesweit Delikte konsequent verfolgen, sagte der Geschäftsführende Vorstand der Organisation, Eugen Brysch, anlässlich des Welttages gegen Misshandlung alter Menschen. Die Senioren-Union sprach sich derweil für eine bundesweite Notruf-Nummer für Pflegebedürftige aus. Nach Schätzungen würden etwa 350.000 Pflegebedürftige

mindestens einmal im Jahr Opfer körperlicher Gewalt, sagte ihr Vorsitzender Otto Wulff. Zudem habe jeder zweite Angehörige eingeräumt, mit der Pflege schon einmal überfordert und bereits einmal gewalttätig geworden zu sein. „Das ist nur die Spitze des Eisberges. Die Dunkelziffer ist extrem hoch“, so Wulff. Er sprach sich dafür aus, diese Gewalt stärker zu thematisieren. „Kindesmissbrauch ist zu Recht zu einem großen gesellschaftlichen Thema geworden. Aber Gewalt gegen Senioren ist nach wie vor ein Tabu.“

bernen ausgewählt. Es wird mit rund 450.000 Euro aus dem Europäischen Sozialfonds gefördert. Individuelle Qualifizierungsmaßnahmen sollen helfen, berufliche Defizite von Arbeitslosen und Geringqualifizierten abzubauen.

Jung und Alt in der Schuldenfalle

Hamburg (dpa). In Deutschland geraten immer mehr junge und ältere Menschen in die Schuldenfalle. Während die Zahl der Privatinsolvenzen im ersten Quartal 2011 insgesamt leicht zurückging, ist die Gruppe der 18- bis 25-Jährigen sowie die der über 59-Jährigen zunehmend von der privaten Pleite betroffen. Das teilte die Wirtschaftsauskunftei Bürgel in ihrem neuen „Schuldenbarometer“ mit. Demnach sank die Zahl der Privatinsolvenzen binnen Jahresfrist um zwei Prozent. Gerechnet in Privatinsolvenzen auf 100.000 Einwohner verzeichnete Bayern im ersten Quartal die wenigsten Fälle (30). Dahinter folgten Baden-Württemberg (32) und Thüringen (35). Der Bundesdurchschnitt liegt bei 42 Privatpleiten je 100.000 Einwohner. Schlusslicht ist Bremen mit 87 Fällen. Für das laufende Jahr halten die Bürgel-Experten rund 140.000 neue Privatinsolvenzen für wahrscheinlich. 2010 hatte es mit 139.110 Fällen einen neuen Negativrekord gegeben. Als Gründe für die Verbraucherüberschuldung nennt die Auskunftei Arbeitslosigkeit, dauerhaft geringes Einkommen, gescheiterte Selbstständigkeit, Trennung und Scheidung.

Mängel in der Jugendhilfe

Berlin (dpa). In der Kinder- und Jugendhilfe droht ein drastischer Fachkräftemangel. Nach einer Untersuchung des zuständigen Verbandes müssen bis 2025 insgesamt 415.000 neue Erzieher, Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen eingestellt werden. Nur so könnten der steigende Personalbedarf gedeckt und in Rente gehende Mitarbeiter ersetzt werden, erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, Norbert Struck, in Berlin. Nach seinen Angaben müssen allein wegen des Ausbaus der Krippen für unter Dreijährige bis zum Jahr 2025 etwa 140.000 Stellen neu geschaffen werden. Dazu würden gut 70.000 neue Fachleute für Heime und Jugendzentren benötigt. Noch völlig unterentwickelt, klagte Struck, sei in Deutschland der Einsatz von Schulsozialarbeitern. Die Lehrer könnten die Probleme dort aber nicht mehr allein bewältigen. Struck forderte, dass künftig zehn Prozent des Personals an Schulen aus dem sozialpädagogischen Bereich kommt. Er kritisierte, dass die Kommunen die Kosten für die Jugendhilfe allein tragen müssten.

Armut trotz Aufschwungs

Kassel (KNA). Die Zahl der Tafeln, die Lebensmittel an Geringverdiener und Arme verteilen, nimmt bundesweit weiter zu. Im vergangenen Jahr stieg ihre Zahl um zwölf auf 884, wie der Bundesverband Deutsche Tafel in seinem Jahrestreffen in Kassel mitteilte. Dabei seien immer mehr Menschen auf die Angebote der Tafel angewiesen: Waren es 2010 noch gut eine Millionen Nutzer, sind es aktuell etwa 1,3 Millionen. Der Vorsitzende des Bundesverbandes, Gerd Häuser, rechnet angesichts der sich abzeichnenden steigenden Energie- und Lebensmittelpreise mit noch höherem Bedarf. Die Wirtschaftsentwicklung nach der Finanzkrise des Vorjahres führt nach Beobachtung des Tafelverbandes nicht zu einem Rückgang von Armut. Überproportional häufig kämen Junge und Alte. „Angesichts der zahllosen Geringverdiener wird die Zahl der Altersarmen in Zukunft sicher steigen“, so Häuser. Schon jetzt stellten sich vielerorts Tafeln mit Bringdiensten und speziellen Angeboten für ältere Menschen darauf ein. Häuser betonte, die Tafeln könnten und wollten den Sozialstaat nicht ersetzen und dürften nicht zum „Lückenbüßer für eine unzureichende soziale Grundsicherung gemacht werden.“ Vielmehr müsse der Staat ein menschenwürdiges Auskommen für jeden ermöglichen. Der Verband fordert die Bundesregierung auf, einen Bundesbeauftragten für die Bekämpfung von Armut zu ernennen. Zugleich rief er die Verbraucher zu einem verantwortungsvolleren Umgang mit Lebensmitteln auf. Es dürfe nicht sein, dass in Deutschland jährlich Millionen Tonnen von meist noch genießbarem Essen im Müll landen.

Deutsche horten Billionen

Berlin (dapd). Noch nie zuvor hatten die Deutschen so viel Geld auf der hohen Kante liegen wie heute. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung stiegen im vergangenen Jahr auch die Ersparnisse der Deutschen - und zwar auf Rekordniveau. Das Geldvermögen der privaten Haushalte summierte sich Ende 2010 auf 4,93 Billionen Euro, ein Plus von fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr, wie der Bundes-

verband Deutscher Banken mitteilte. Bei der Art der Geldanlage ging der Großteil der Sparer kein Risiko ein: Zwei Drittel des Vermögens ruhten klassisch auf einem Bankkonto, waren Bargeld oder Geldanlagen bei Versicherungen. Nur fünf Prozent der Ersparnisse wurden in Aktion investiert - obwohl die Börsenkurse stiegen und das Aktienvermögen um 20 Prozent zunahm.

Klasse der „Überflüssigen“

Bielefeld (BAGW). Die geplante Reform der Eingliederung in Arbeit („Instrumentenreform“) wird zu flächendeckenden Kürzungen der bestehenden Eingliederungsangebote in den Arbeitsmarkt für wohnungslose Langzeitarbeitslose führen. Dr. Thomas Specht, Geschäftsführer der BAG Wohnungslosenhilfe (BAGW): „Die geplanten Reformen sind weder gerecht noch bedarfsgerecht. Statt Rahmenbedingungen für passgenaue Hilfeangebote zu geben, werden Hilfen nicht nur eingeschränkt, sondern bundesweit abgebaut. Das bisherige und die weiteren Sparpakete im Bereich der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sind ein neuer Höhepunkt in der Politik der sozialen Ausgrenzung. Der Sozialstaat ist offensichtlich nicht mehr für alle da!“ Arbeit

ist – ganz entgegen mancher veröffentlichter Meinung – ein zentraler Wert für Menschen in Armut und Wohnungsnot. Zwar sind sie oft langzeitarbeitslos, d. h. länger als ein Jahr ohne Arbeit, haben aber in ihrem Leben immer wieder für kürzere oder längere Zeit gearbeitet: als Maler, Raumausstatter, Pflegekraft, Landschaftsgärtner, Metallarbeiter oder Lackierer. Immerhin haben 40 Prozent der betroffenen Frauen und 50 Prozent der Männer eine abgeschlossene Berufsausbildung. Aber wohnungslose Menschen sind neben ihrer Wohnungslosigkeit zu 90 Prozent langzeitarbeitslos und bedürfen daher einer besonderen Förderung. Die BAG Wohnungslosenhilfe weist darauf hin, dass eine Deckelung der Trägerpauschale bei der Finanzierung das

faktische Aus für viele Angebote der Träger bedeutet. Die Kürzungen im Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit beliefen sich schon 2010 auf 20 Prozent; 2011 kommen weiter 20 Prozent dazu und 2012 erneut zehn Prozent. Damit bricht die entscheidende Finanzierungssäule weg und ist, so die BAGW, nicht zu ersetzen. Dies trifft neben vielen anderen Bereichen der sozialen Arbeit die Wohnungslosenhilfe besonders, da es hier eine deutliche Unterversorgung mit Eingliederungsmaßnahmen gibt. Dr. Thomas Specht: „Die jetzige Ausrichtung der Arbeitsmarktinstrumente erreicht gerade nicht die besonderen Problemgruppen des Arbeitsmarktes in ausreichender Form, sondern schafft eine neue Klasse der ‘Überflüssigen’.“

Personalschlüssel verbesserungsbedürftig

München (SZ/fex). Die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer hält die Personalschlüssel an bayerischen Kindertagesstätten für verbesserungsbedürftig. „Ich hätte lieber einen besseren Mindest-Anstellungsschlüssel“, sagte sie bei einer Tagung des Bayerischen Staatsinstituts für Frühpädagogik in München. Ihr Ziel sei es, künftig Kindergärten und Kinderkrippen finanziell besser auszustatten, falls sie mehr Personal anstellen, als minimal in den staatlichen Richtlinien vorgesehen sei. Darüber verhandle sie derzeit mit dem bayerischen Finanzministerium, sagte Haderthauer. Zwar habe sie im Jahr 2011 noch keinen Erfolg erreicht, „doch nächstes Jahr gelingt das vielleicht“, so Haderthauer.

Aktionsplan für Behinderte

Berlin (KNA). Die Bundesregierung will mit einem Nationalen Aktionsplan die gesellschaftliche Teilhabe von Behinderten verbessern. Das Kabinett verabschiedete das Konzept mit über 200 zum Teil bereits laufenden Maßnahmen in Berlin. Bundessozialministerin Ursula von der Leyen sagte: „Ziel ist, dass unser Alltag so organisiert ist, dass die 9,6 Millionen Menschen mit Handicaps selbstverständlich mittendrin und dabei sind.“ Von der Leyen kündigte an, im Rahmen der „Initiative Inklusion“ zusätzliche 100 Millionen Euro für drei Jahre zur Verfügung zu stellen, um die Integration von Behinderten ins Arbeitsleben zu verbessern. So soll es für bis zu 10.000 schwerbehinderte Jugendliche ein spezielles Berufsvorbereitungsprogramm geben. Ferner sollen 4.000 zusätzlich Arbeitsplätze für ältere Behinderte geschaffen werden.

Weniger Kuren genehmigt

Berlin (KNA). Die Zahl der abgelehnten Anträge für Mutter-Kind-Kuren ist laut Müttergenesungswerk (MGW) weiter gestiegen. Die Krankenkassen hätten 2010 etwa ein Drittel der Anträge und damit drei Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum abgelehnt, teilte das MGW in Berlin mit. 100.000 Mütter haben demnach im vergangenen Jahr einen Antrag auf eine Mutter-Kind-Kur gestellt, davon 68.000 über das Müttergenesungswerk. Insgesamt hätten 39.000 Mütter mit 56.000 Kindern Einrichtungen des MGW genutzt. Die Geschäftsführerin des Müttergenesungswerkes, Anna Schilling, fordert die Politik auf, Krankenkassen besser zu kontrollieren, um allen Müttern bei Bedarf den Zugang zu Genesungskuren zu ermöglichen. „Viele Frauen beantragen Kuren erst dann, wenn sie gar nicht mehr weiterwissen und Hilfe unbedingt notwendig ist“, sagte Schilling.



Hartz IV: Bildungs- und Teilhabepaket Zu großer Aufwand für kleine Leistungen

Bayerischer Städtetag. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist von der Theorie her gut gemeint, aber in der Praxis ist der bürokratische Aufwand zu groß. Die Auszahlung der Leistungen kostet zu viel im Verhältnis zu dem, was unter dem Strich bei den betroffenen Kindern ankommt. Der Städtetag begrüßt die Einführung des Bildungs- und Teilhabepakets. Allerdings haben Bund und Länder zu spät einen tragfähigen Kompromiss auf den Weg gebracht. Das ewige Ringen im Vorfeld hat dazu geführt, dass nun die Umsetzung unkoordiniert läuft, weil Leistungen rückwirkend zu erbringen sind. Neben dem Zeitdruck sorgen die komplizierten Regeln zur Erstattung von Leistungen für Schwierigkeiten. Bund und Länder müssen schleunigst offene Rechtsfragen zur Übertragung von

Aufgaben klären.

Mit dem Bildungs- und Teilhabepaket sollen Kinder aus benachteiligten Familien besser gefördert werden, um sie aus dem fatalen Abwärtssog aus Armut, Elternarbeitslosigkeit und Bildungsarmut herauszulösen. Kinder aus benachteiligten Familien haben nun Anspruch auf Mittagessen in Schulen und Kindertageseinrichtungen, Schulausflüge, Schulbedarfspaket, Schulwegkosten, Beiträge bis zehn Euro monatlich für Sport- oder Kulturvereine; bei Gefährdung des Lernerfolgs in der Schule haben Kinder Anspruch auf Nachhilfeunterricht. In der Praxis stellt das neue Leistungsrecht die Kommunen vor organisatorische Probleme. Da der Rechtsanspruch jeweils im Einzelfall genau begründet werden muss, beginnt ein enor-

mer bürokratischer Aufwand.

Leichter wäre es gewesen, wenn der Bund seine Mittel direkt an Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen gegeben hätte. Stattdessen wurden differenzierte Kriterien festgelegt, nach denen bedürftige Kinder bestimmte Leistungen erhalten. Diese Absicht zieht einen hohen bürokratischen Aufwand nach sich. Nun müssen komplexe Rechtsfragen zwischen Bund und Ländern geklärt werden, damit die Kommunen eine schlagkräftige Organisationseinheit errichten können, um das Bildungs- und Teilhabepaket rasch und zielgenau abwickeln zu können. Der Städtetag fordert, im Zuge der Revision über den Abbau von Bürokratie zu verhandeln.

Zuständigkeit in der Hilfe zur Pflege

Bayerischer Städtetag. Die Staatsregierung steht bei Landkreisen und Städten im Wort: Mit Ministerratsbeschluss vom 19. Juni 2007 wurde das Sozialministerium beauftragt, die Zusammenführung der Zuständigkeiten für die Hilfe zur Pflege bei Landkreisen und kreisfreien Städten inklusive eines interkommunalen Finanzausgleichs für 2009 vorzubereiten. Der Vorwurf der Sozialministerin, die Kommunen hätten die ambulanten Angebote nicht ausgebaut, ist falsch und kann nur als der Versuch gewertet werden, von eigenen Fehlern abzulenken. Die Städte erwarten von der Staatsregierung, dass die geplante Bündelung der Zuständigkeiten in der Hilfe zur Pflege auf der Kreisebene endlich umgesetzt wird. Durch den 2008 umgesetzten ersten Teil der Zuständigkeitsreform wurde die ambulante Eingliederungshilfe bei den Be-

zirken zusammengeführt. Dadurch wurden die mannigfachen Beziehungen zwischen ambulanten Hilfen in der Eingliederung und der Pflege durchschnitten. Das Ergebnis sind in der Praxis nicht zu überwindende Abgrenzungsschwierigkeiten. Denn nahezu jeder pflegebedürftige Mensch kann auch Bedarf an Eingliederungshilfe haben.

Seit Jahren liegen dem Ministerium Modelle vor, wie dieses Problem gelöst, die kommunale Ebene gestärkt und ein finanzieller Ausgleich geschaffen werden kann. Bei genauer Betrachtung verdichtet sich das sog. Abrundungsmodell, bei dem die Kommunen neben der Pflege weitere Zuständigkeiten erhalten. Demgegenüber gibt es das Altersgrenzenmodell, wonach die Kreisebene ab dem 65. Lebensjahr umfassend zuständig wäre, auch für die Ein-

gliederungshilfe. Diese Pläne zunächst in der Schublade verschwinden zu lassen, aber danach den Kommunen Tatenlosigkeit vorzuwerfen, um eine Verlagerung auf die Bezirke zu erreichen, ist unverständlich. Städte und Landkreise favorisieren das Altersgrenzenmodell. Bemerkenswert ist, dass derzeit das Land Hessen den Kommunen gerade dieses Modell mit Modifikationen vorschlägt. In Baden-Württemberg wurde die komplette Zuständigkeit für die Pflege und die Eingliederungshilfe auf die örtliche Ebene gegeben. Die Städte haben damit die Chance erhalten, sich intensiv in allen Lebenslagen um die Bedürfnisse Hilfe suchender Menschen zu kümmern. Somit ist auch gelungen, die horrenden jährlichen Ausgabenzuwächse im Sozialbereich auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen.

Jugendsozialarbeit an Schulen: Vorstoß für eine paritätische Finanzierung durch Staat und Kommunen

Bayerischer Städtetag. Jugendsozialarbeit an Schulen soll als gemeinschaftliche Aufgabe von Freistaat und Kommune ausgestaltet werden. Dies hat der Bayerische Städtetag in einem Schreiben an Ministerpräsident Horst Seehofer vorgeschlagen. Jugendsozialarbeit an Schulen soll bedarfsgerecht ausgebaut werden und je zur Hälfte von Staat und Kommunen gemeinschaftlich finanziert werden. Anlass für den neuerlichen Vorstoß ist die auf drei Jahre befristete Finanzierung von Schulsozialarbeit durch den Bund und der vom Freistaat wieder zurückgestellte wei-

tere Ausbau des Förderprogramms Jugendsozialarbeit an Schulen.

Die Städte fordern, dass das vom Bund für dieses und die nächsten beiden Jahre zur Verfügung gestellte Geld zweckgebunden für den weiteren Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schulen eingesetzt wird. Dies bedingt aber auch die Möglichkeit einer Anschlussfinanzierung. Hier sehen die Städte weiterhin den Freistaat in der Verpflichtung, mit eigenem sozialpädagogischem Personal die gesetzliche Erziehungsverpflichtung der Schule umzusetzen. Die Städte sind bereit, die Jugendsozial-

arbeit an Schulen bis zur Bedarfsdeckung mit den zusätzlich zur Verfügung stehenden Bundesmitteln auszubauen, sofern sich der Freistaat spätestens mit Beginn des Schuljahres 2013/2014 bereit erklärt, die tatsächlichen Kosten dauerhaft und ohne Haushaltsvorbehalt zu 50 Prozent mitzufinanzieren. Dadurch ginge den Schulkindern keine Zeit der häufig dringend benötigten sozialpädagogischen Unterstützung an der Schule verloren und die Kommunen würden eine adäquate Anschlussfinanzierung durch den Freistaat erhalten.

Psychisch kranke Menschen wollen arbeiten

Caritas. Arbeitnehmer sind heute wesentlich häufiger von einem psychischen Leiden betroffen. Das geht aus einer Umfrage der Sozialpsychiatrischen Dienste der Caritas in Bayern hervor. Zu den häufigsten psychischen Erkrankungen zählen Depressionen, Angsterkrankungen sowie Alkohol- und andere Suchterkrankungen. Die Ursachen für diese Entwicklung sieht Landes-Caritasdirektor Prälat Karl-Heinz Zerrle vor allem in der zunehmenden Arbeitshetze und der Angst vor Arbeitslosigkeit. „In unsere Sozialpsychiatrischen Dienste kommen zunehmend Menschen mit psychischen Problemen, deren Auswirkungen das Leben in der Ausbildung und der Arbeit, aber auch das familiäre Zusammenleben erheblich belasten“, berichten Mitarbeitende der Dienste. Die wichtigsten Ergebnisse der jüngsten Umfrage der Sozialpsychiatrischen Dienste der Caritas in



Bayern zeigen: Bei Klienten in einem Beschäftigungsverhältnis sind die vorrangigsten Probleme der zunehmende Leistungsdruck, die Überlastung und Überforderung, aber auch das häufig fehlende Verständnis des Arbeitgebers für die gesundheitliche Situation der Mitarbeiter. Vielfach fehlt es auch den Arbeitgebern an Information über psychische Erkrankung und Störungen. Bei Klienten ohne ein Beschäftigungsverhältnis stehen finanzielle Probleme, fehlende Tagesstruktur, Zukunftsängste und Hoffnungslosigkeit im Vordergrund. Rasch kann es zu sozialer Isolation, Ausgrenzung und gesellschaftlichem Abstieg kommen. Besonders die aktuell anfallenden existenziellen Notlagen und die zunehmende Angst vor Hartz IV belastet immer mehr Klienten.

Wer rettet die Schuldnerberatung in Bayern?

Caritas. 428.000 Privathaushalte gelten in Bayern als überschuldet. Demgegenüber stehen bayernweit lediglich ca. 120 gemeinnützige Beratungsstellen bei Verbänden und Kommunen zur Verfügung. „Während für die Banken Milliarden schwere Rettungsschirme gespannt werden lässt man die Beratungsstellen und somit die betroffenen Menschen im Regen stehen“, klagt Regina Hinterleuthner, die Sprecherin der bayerischen Schuldnerberatungsstellen. Die Folgen sind fatal: monatelange Wartezeiten, verzweifelte Ratsuchende und völlig überlastete Beratungskräfte. Der Landes-Caritasverband Bayern forderte den Freistaat Bayern auf, endlich für eine flächendeckende Finanzierung der Insolvenzberatung zu sorgen.

Engagement für europäische Donau-Moldau-Region



Vereinbaren eine engere Zusammenarbeit in der künftigen Europaregion Donau-Moldau: die Diözesan-Caritasdirektoren Jiri Lodr (Pilsen), Prälat Karl-Heinz Zerrle (Landes-Caritasdirektor Bayern, München), Friedrich Schuhböck (St. Pölten), Mathias Mühlberger (Linz), Michaela Cermáková (Budweis), Dr. Wolfgang Kues (Passau) und Monsignore Bernhard Piendl (Regensburg).

Caritas. Die bayerische, böhmische und österreichische Caritas wollen in der künftigen Europa-Region Donau-Moldau noch enger zusammenarbeiten. Das beschlossen die Caritasdirektoren der Diözesen Budweis, Pilsen, Passau, Regensburg, St. Pölten und Linz bei einer Zusammenkunft in Regensburg. „Es gibt zwar schon einige grenzüberschreitende Caritas-Projekte zum Beispiel im Jugendbereich, aber wir wollen künftig auf noch mehr Gebieten zusammenarbeiten. So wollen wir die Region auch sozial stärken“, sagte der bayerische Landes-Caritasdirektor Prälat Karl-Heinz Zerrle, der die Konferenz einberufen hatte. „Das zusammenwachsende Europa muss ein soziales Europa werden. Wer Europa nur unter wirtschaftlichen Aspekten sieht, vergisst die Menschen, die sich nicht alleine helfen können, die behinderten und armen, die kranken und arbeitslosen, die drogenabhängigen und alten Menschen. Hier müssen wir Christen vorne mitspielen und die Euro-Region Donau-Moldau sozial mitgestalten“, sagte Prälat Zerrle. Da die Caritas in Deutschland, Österreich und in Tschechien mit der Kirche identifiziert werde, nütze ihre Arbeit der

gesamten Kirche und bringe christliche Werte wie Menschenwürde und Solidarität in die Gesellschaft ein. Die Direktoren beschlossen in Regensburg, Kontakt mit der EUREGIO Bayerischer Wald - Böhmerwald - Unterer Inn zu suchen, die die Gründung der Europaregion Donau-Moldau vorbereitet. Es sei unabdingbar, dass schon jetzt in den Planungs-

maßnahmen der soziale Sektor den ihm gebührenden Platz findet. Der Geschäftsführer der Euregio, Kaspar Sammer, hatte bei der Konferenz erklärt, dass die Bereiche Soziales und Gesundheit in der angelaufenen Netzwerk- und Potentialanalyse noch nicht genügend berücksichtigt seien. „Hier ist die Caritas gefordert“, meinte Prälat Zerrle.

Anzeige -



Als Vertragspartner der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern sind wir gerne Ihr Berater in allen Versicherungs- und Versorgungsfragen.

Der Schutz der Betreuten, der Mitarbeiter sowie der Sach- und Vermögenswerte liegt bei uns in den richtigen Händen.

Das ist unser Service:

- kundenorientiert
- zuverlässig
- vorausschauend

ECCLESIA / UNION
Versicherungsdienst GmbH
Niederlassung München
 Werner-Eckert-Straße 9 - 11
 81829 München
 Telefon: 089/741154-0
 Fax: 089/741154-910

RESOLUTION

„Teilhabe für Kinder sicherstellen – Bildungspaket wirksam umsetzen“



Verabschiedet im Rahmen der Klausurtagung des Landesvorstandes
der Arbeiterwohlfahrt in Bayern am 27. Mai 2011 in Zwiesel

Situationsbeschreibung

Arbeitslose, Geringverdiener und Aufstocker haben seit dem 1. April 2011 im Rahmen des so genannten „Bildungspakets“ des Bundes das Recht, Zuschüsse für ihre Kinder zu beantragen: für Mittagessen in Schule und Kindertagesstätte, Klassenfahrten sowie Mitgliedsbeiträge in Sport- und Musikvereinen. In Ausnahmefällen können Berechtigte Nachhilfestunden für ihren Nachwuchs beanspruchen. Diese Maßnahme des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) geht auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Anfang des Jahres 2010 zurück, in dem gerechtere Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien angeordnet werden. Um die Leistungen

zu erhalten, müssen sich Langzeitarbeitslose an die Jobcenter der Arbeitsagenturen wenden. Zuständig für Geringverdiener und Wohngeldempfänger sind wiederum das Sozial-, respektive das Wohngeldamt. Bis zur Einführung von so genannten Bildungsgutscheinen zahlen die zuständigen Ämter an die Erziehungsberechtigten Geldbeträge zwischen zehn und 26 Euro pro Kind und Monat. Laut Angaben des Ministeriums stehen rund 2,5 Millionen Kindern diese Leistungen zu.

So weit die Theorie. In der Praxis hatten im April lediglich 2,5 Prozent (in Großstädten soll die Quote bei zwei Prozent gelegen haben) der Berechtigten vorgenannte Leistungen beantragt. Auch wegen dieser

geringen Resonanz ist die Frist für eine rückwirkende Antragstellung verlängert worden: Ursprünglich sollten die Berechtigten Leistungen aus dem Bildungspaket rückwirkend für Januar bis März 2011 bis spätestens Ende April 2011 beantragen. Mittlerweile hat Bundessozialministerin Ursula von der Leyen diese Frist bis Ende Juni 2011 verlängert. Wie sich die Resonanz auf das Bildungspaket seit April entwickelt hat, lässt sich gegenwärtig nicht zuverlässig beziffern. Viele Rückmeldungen aus den Kommunen beweisen jedoch, dass insbesondere die Jugendämter und Schulen zu wenig über die neuen Hilfen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket wissen.

Anzeige -



Sicherheit - ein gutes Gefühl

Wir geben Sicherheit. Schutz für die Betreuten, die Mitarbeiter und für Sach- und Vermögenswerte - als Spezialversicherungsmakler für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, Hilfsorganisationen und öffentlichrechtliche Einrichtungen entwickelt Funk Humanitas bedarfsgerechte Versicherungskonzepte und unterstützt in Schadenfällen - wobei Preis und Leistung stimmen. Gern beraten wir Sie ausführlich - als Ihr unabhängiger Interessenvertreter.

Kontakt: Thomas Ollech (GF FHT)
fon +49 89 544681-80
t.ollech@funk-gruppe.de

Rüdiger Bexte (Prokurist FHT)
fon +49 89 544681-81
r.bexte@funk-gruppe.de



INTERNATIONALE VERSICHERUNGSMAKLER
UND RISK CONSULTANTS

FHT
Funk Humanitas GmbH

Leopoldstraße 175 - 80804 München
FUNK-GRUPPE.COM

Forderungen des AWO-Landesverbandes Bayern

Damit das Bildungspaket letztlich nicht unausgepackt bleibt, bedarf es einer Reihe von Verbesserungen für alle Beteiligten:

1. Die berechtigten Familien sind für ihre Informationen auf zentrale Stellen wie beispielsweise die Jugendämter angewiesen. Diese müssen die Menschen zeitnah, kompetent und unbürokratisch nicht nur über ihre Rechte aufklären (zuvor müssen sie selbst geschult werden). Außerdem sollen die Jugendämter die Netzwerke der Jugendhilfe nutzen. Eine solche niedrigschwellige Anlaufstelle für Berechtigte können und müssen unter anderem die einschlägigen AWO-Einrichtungen sein. Vereine und Verbände sind über die Möglichkeiten des Bildungspakets zu informieren.
2. Vor allen Dingen Familien mit Migrationshintergrund müssen künftig von den zuständigen Stellen persönlich angesprochen und beraten werden. Wo möglich, sollten geschulte Muttersprachler die Berechtigten in ihrer Herkunftssprache unterstützen. Antragsformulare müssen in mehreren Sprachen sowie knapp und verständlich gehalten sein.
3. Lernförderung soll nicht nur als Schadensbegrenzung für den Fall drohenden Sitzenbleibens gewährt werden, sondern als Chance für eine ganzheitliche Kompetenzförderung im Lebensraum Schule werden.
4. Der Freistaat Bayern soll von der durch das Bildungspaket eröffneten Möglichkeit, mit finanzieller Unterstützung des Bundes Jugendsozialarbeit an Schulen auszubauen, in angemessenem Umfang Gebrauch machen.
5. Weitere kostspielige Werbung in Medien und Kino für das Teilhabepaket ist zu unterlassen oder zumindest zu reduzieren, weil sich insbesondere die berechtigten Familien diese Angebote finanziell oft nicht leisten können.
6. Sollte eine Beratung der Berechtigten auch innerhalb der Schulen stattfinden - wie von der Regierung angedacht ist - müssen die dortigen Ansprechpartner hierfür angemessen unterwiesen werden. In diesen Fällen muss Diskretion oberstes Ziel sein, damit die berechtigten Kinder nicht wegen der staatlichen Unterstützung von ihren Mitschülern diskriminiert werden.
7. Die jetzige Gestaltung des Bildungspakets legt nahe, dass die berechtigten Kinder einen Sportverein oder eine Musikschule vor Ort besuchen und somit nicht zusätzlich Fahrtkosten anfallen. Mit dieser Annahme wird der ländliche Raum ignoriert: Dort sind Kinder auf öffentliche Verkehrsmittel und in besonders zersiedelten Gegenden auf das elterliche Fahrzeug - sofern vorhanden - angewiesen, um beispielsweise eine Musikschule zu besuchen. Weil für solche Fälle die veranschlagten Summen (s. o. Situationsbeschreibung) nicht ausreichen, bedarf es eines zusätzlichen Geldbetrages für Fahrscheine oder Benzin.
8. Die Unterstützung von zehn bis 26 Euro pro Maßnahme ist generell zu niedrig und muss entsprechend den Marktbedingungen angehoben werden, damit Musikunterricht etc. überhaupt wahrgenommen werden kann.
9. Von einer Umstellung von den jetzt gewährten Geldbeträgen auf die beabsichtigten Gutscheine ist abzusehen. Zum einen werden damit die berechtigten Familien diskriminiert; zum anderen kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Vereine, Musikschulen etc. diese Gutscheine annehmen werden.
10. Bei den zuständigen Behörden müssen jederzeit ausreichende Antragsformulare aufliegen. Laut Medienberichten ist dies bei manchen Stellen nicht der Fall.

Diakonie lehnt arbeitsmarktpolitischen Kahlschlag der Bundesregierung ab

Diakonie. Bei der geplanten Arbeitsmarktreform, bleibt nach Ansicht der Diakonie das „Fördern“ von Arbeitsuchenden auf der Strecke. „Die massiven Einschnitte bei den Angeboten der öffentlich geförderten Beschäftigung im Gesetzentwurf sind eine Katastrophe für die betroffenen Menschen“, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Diakonie, Johannes Stockmeier, in Berlin. „Diese Fördermöglichkeiten sind Voraussetzung dafür, dass Langzeitarbeitslose den Weg in die Arbeitswelt zurück finden können.“ Die Teilhabe an Erwerbsarbeit sei immer noch der zentrale gesellschaftliche Integrationsmotor. „Zu akzeptieren, dass große Gruppen von Menschen langfristig aus dem Erwerbsleben ausgegrenzt sind und

somit von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen werden, ist aus sozialpolitischer und aus sozial-ethischer Perspektive nicht hinnehmbar“, betonte Stockmeier. Genau darauf laufe aber das Gesetzesvorhaben hinaus. Die Bundesregierung will bis 2014 die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter um mehr als zehn Milliarden Euro kürzen. Die Diakonie fordert den Gesetzgeber auf, die geplanten Mittelkürzungen für die Arbeitsförderung nicht umzusetzen. Wünschenswert wären dagegen gesetzliche Änderungen, die den Bedürfnissen der Arbeitsuchenden tatsächlich entsprechen. Dazu gehörten beispielsweise größere Handlungsspielräume für die Jobcenter, um die Arbeits- und Weiterbildungsför-

derung besser auf die individuellen Bedürfnisse der Arbeitsuchenden abstellen zu können. „Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Arbeitslose müssen zuverlässig finanziert werden und dürfen nicht ständig zur Verfügungsmasse kurzfristiger politischer und fiskalischer Kalküle werden“, so Stockmeier. Auch die Anbieter von Arbeitsförderungsmaßnahmen bräuchten stabile Rahmenbedingungen, um gute Angebote umsetzen zu können. „Nun zerschlägt die Bundesregierung aber in kürzester Zeit eine gewachsene Infrastruktur und erfolgreiche Projekte für Arbeitslose. Ausgerechnet für die Gruppe der Arbeitsuchenden, die mit langem Atem gefördert werden muss, soll nun die Unterstützung massiv verschlechtert werden.“



450 Gäste waren zur Verabschiedung des bayerischen Diakoniepräsidenten Dr. Ludwig Markert (Mitte) nach Nürnberg gekommen. Nach einem Festgottesdienst in der Kirche St. Sebald würdigten im Rahmen eines Empfangs im Historischen Saal des Nürnberger Rathauses Sozialministerin Christine Haderthauer für den Freistaat Bayern, Präsident Johannes Stockmeier für die Diakonie Deutschland und Oberkirchenrat Detlev Bierbaum für die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern das Wirken Markerts. Markert, in dessen Amtszeit unter anderem die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV“) fällt, ist Ende Juli in den Ruhestand getreten. Neben der Bekämpfung der wachsenden Armut in Bayern und der Verbesserung der Situation in der Pflege war ihm das Verhältnis von Kirche und Diakonie ein besonderes Anliegen. Die Aussage seiner Antrittspredigt im Oktober 2001, die Diakonie sei „der ausgestreckte Arm der Kirche in die Gesellschaft“, zog sich wie ein roter Faden durch seine Amtszeit, in die auch die Verabschiedung eines eigenen Diakoniegesetzes durch die Synode der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern im Jahr 2004 fällt.

Foto: Bernert

Ausgezeichnete Arbeitgeber

Diakonie. Das Diakonische Werk Bayern wurde als eines von 265 Unternehmen mit dem Zertifikat für eine familienbewusste Personalpolitik ausgezeichnet. Das Bundesfamilienministerium überreichte die Urkunde zum „Audit berufundfamilie“ an die evangelische Einrichtung mit 120 Mitarbeitern zum zweiten Mal. „Die Arbeitsbedingungen in Deutschland müssen so gestaltet werden, dass Menschen Verantwortung für ihre Familien übernehmen können, ohne beruflich kürzer treten zu müssen“, meinte Staatssekretär Josef Hecken. Dazu gehörten Angebote für Kinderbetreuung ebenso wie flexible Arbeitszeitmodelle oder die Familienpflegezeit für Beschäftigte, die ihre Angehörigen pflegen. „Die ausgezeichneten Arbeitgeber machen es vor, wie es geht“, so Hecken.

Drei Millionen Euro gegen Armut

Diakonie. Eine Initiative gegen Armut haben in Nürnberg die evangelische Kirche und die Diakonie in Bayern gestartet. Unter dem Motto „f.i.t.“ - fördern - initiativ werden - teilhaben „ sollen in den kommenden drei Jahren Projekte verwirklicht werden, „die der wachsenden Armut in Bayern entgegenwirken“, teilen Diakonie und Landeskirchenamt mit. Dabei wolle man vor allem Alleinerziehende, Kinder und Jugendliche, Migranten und ältere Menschen im ländlichen Raum in den Blick nehmen. „Kirche und Diakonie wissen aus direkten Begegnungen mit Betroffenen, wo Hilfe not-

tut“, sagte der Präsident des Diakonischen Werkes Bayern, Ludwig Markert, „insbesondere bei älteren Menschen, bei Alleinerziehenden oder bei Menschen mit Migrationshintergrund“. Oberkirchenrat Detlev Bierbaum, der im Landeskirchenamt für gesellschaftsbezogene Dienste wie die Diakonie zuständig ist, erklärte, man wolle, dass sich Kirchengemeinden und örtliche Diakonie gemeinsam den Herausforderungen stellen. „Es ist unser Anliegen, dass wir zusammen in bestimmte gesellschaftliche Prozesse eingreifen“, so Bierbaum. Die Landessynode der Evangelisch-lutheri-

schen Kirche in Bayern stellt insgesamt drei Millionen Euro für Projekte von „f.i.t.“ zur Verfügung. Pro Einzelprojekt können pro Jahr 5.000 bis 50.000 Euro beantragt werden. Größere Projekte, für die ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin eingestellt werden, können ebenso gefördert werden wie kleinere Initiativen, so die Diakonie. Die Internetseite www.fit-projekte.de informiert über die Förderbedingungen und stellt 140 bereits laufende evangelische Armutsprojekte in Bayern vor. Darunter befinden sich die „Sozialpaten“ in Fürth oder die Kleiderkammer der Diakonie in Passau.



Hilde Steppe (Hrsg.)

Krankenpflege im Nationalsozialismus

Mabuse-Verlag 2011

300 Seiten; 29,90 Euro

ISBN 978-3-925499-35-7

Als dieses Standardwerk 1984 entstand, war die Auseinandersetzung mit der Pflege im Nationalsozialismus ein absolutes Novum. Bis heute ist das Buch das einzige, das so kompakt und umfassend zum Thema informiert. Seine Inhalte haben immer noch Bestand. Die zehnte Auflage des Klassikers wurde aktualisiert und thematisch erweitert: Die Krankenmorde in den Psychiatrien werden durch zusätzliche Beiträge und eine kommentierte Bibliographie stärker berücksichtigt. Außerdem diskutieren die Autoren Möglichkeiten des Erinnerns und der ethischen Reflexion in der Pflege von heute.

Hans-Uwe Otte / Hans Thiersch (Hrsg.)

Handbuch Soziale Arbeit

Grundlagen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik

4. völlig neu bearbeitete Auflage

Ernst Reinhardt Verlag 2011; 1.831 Seiten; 79,90 Euro

ISBN 978-3-947-02158-1

Rund 200 namhafte Autoren und Autorinnen stellen den Stand der Sozialen Arbeit in ihrer theoretischen Diskussion, Forschung und Praxis dar und entwerfen Perspektiven für die Zukunft. In jedem Artikel sind die zentralen wissenschaftlichen Erkenntnisse zusammengefasst. Es werden Probleme und neue Aufgaben verdeutlicht und somit Impulse für notwendige Entwicklungsaufgaben gegeben. Für die Neuauflage wurden die Themen neu gewichtet: Bildungswesen und Gesundheitspolitik sind berücksichtigt, psychologische Konzepte, organisatorische und managerielle Strukturen stärker mit einbezogen. Das anerkannte Kompendium eignet sich für die tägliche Arbeit ebenso wie für das Studium. Mit dem systematischen Verzeichnis kann man schnell auf inhaltlich verwandte Beiträge zugreifen, ein ausführliches Register unterstützt die gezielte Suche nach Stichwörtern.

Eni Becker

Angst

Ernst Reinhardt Verlag 2011; 110 Seiten; 12,90 Euro

UTB-Profile (978-3-8252-3512-3)

Angst kennt jeder und jede. Aber wer weiß über die Entstehung und Funktionen der Angst Bescheid? Wann ist Angst ein Schutz vor Gefahr, wann beeinträchtigt sie uns? Warum sind manche Menschen ängstlicher als andere? Welche Hilfen gibt es bei Angststörungen? Wie bekommt man eine Phobie wieder los? Wie hängen traumatische Erlebnisse mit Angst zusammen? Dieses Profil gibt einen fundierten Einblick in die aktuelle Angstforschung.

*Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege
in Bayern, Nördliche Auffahrtsallee 14 - 80638 München
Postvertriebsstück Deutsche Post AG - „Entgelt bezahlt“ - B1610*

